

Nr. 3/1989

Sozialdemokratische
Zeitschrift für Politik
Wirtschaft und Kultur

Profil

Rote Revue

Materialien zur
«Schweiz ohne Armee»

Die Stimmfreigabe
Das Nein
Das Ja

SPS zu Frieden und Sicherheit

Rote Revue/Profil, Nr. 3/1989, 68. Jahrgang
Redaktion: Toya Maissen, Postfach 3943, 4000 Basel 2
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Druck und Verlag: gdz Zürich
Postfach, 8021 Zürich, Postscheckkonto 80-2774
Jahresabonnement (inkl. Porto): Schweiz Fr. 38.–
Ausland Fr. 40.–, Einzelheft Fr. 3.80
Nachdruck einzelner Artikel nur mit Quellenangabe.
Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizulegen.
Erscheint 11 × jährlich.

Redaktioneller Beirat:

Gottfried Honegger, Zürich/Paris; Helmut Hubacher, Basel; Walo Landolf, Ostermundigen; Ursula Mauch, Oberlunkhofen; Marco Mona, Grüningen; Bruno Muralt, Bern; Thomas Onken, Tägerwilen; Anna Ratti, Casaccia; Jean Noël Rey, Bern; Walter Renschler, Zürich; Peter Ruegg, Winterthur; Hans Schmid, St.Gallen; Kurt Schweizer, Bern; Lilian Uchtenhagen, Zürich; Peter Vollmer, Bern.

Inhalt	Seite
Editorial	1
Zum Parteitag vom 3. Juni 1989	2
Begründung zur Stimmfreigabe	3
Thesen zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik	4
Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik	6
Begründung für ein Nein	7
Begründung für ein Ja	12
Arbeit – Wirtschaft – Ökologie	16

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Nummer:

Helmut Hubacher, Präsident der SPS, Basel

Mitglieder des Zentralsekretariates der SPS, Bern

Mitglieder der Geschäftsleitung der SPS

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine «Schweiz ohne Armee»

Ursula Hafner, Nationalrätin, Schaffhausen

Diamant oder Dialog?

Von Toya Maissen

«Diamant», die grosse, millionenteure PR-Veranstaltung des EMD, oder der Dialog über die Armee? Das ist eine Frage, die die Sozialdemokratische Partei bereits beantwortet hat. Sie hat sich für den Dialog über die Armee entschieden, als sie im Parteitag 1989 beschlossen hat. Sie wird über die Armee, über ihre Abschaffung diskutieren, sie wird aber vor allem über Friedens- und Sicherheitspolitik diskutieren. Daran ändert auch nicht der plumpe, ja gewalttätig anmutende Versuch, diesen Dialog der Schweizer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wo nicht zu verhindern, so doch vom eigentlichen Thema abzulenken.

Unsere Partei verfügt – glücklicherweise – über ein sehr grosses Meinungsspektrum. Es ist ein Irrtum zu glauben, gerade in der Frage der Friedenspolitik eine so vielfältige Gemeinschaft, wie es die Sozialdemokraten nun einmal sind, auf eine starre Parole trimmen zu wollen. Unsere Mitglieder, die sich nicht brav und gehorsam um vermeintliche Machthaber gruppieren lassen, werden sich das Denken und Reden zu Frieden und Unfrieden, angeblicher Bedrohung und angeblicher Sicherheit nicht nehmen lassen. Maulkörbe werden nicht verteilt, nicht an die Parteileitung, aber auch nicht an die Basis. Die SPS-Frauen haben im März die Friedenspolitik auf ihre Traktandenliste gesetzt. In den Sektionen laufen die Diskussionen auf Hochtouren. Unsere Mitglieder verfügen glücklicherweise immer noch über die politische Diskussionskultur, die diesem Land langsam abhanden gekommen und bei den Mehrheitspolitikern gefürchtet ist. Der plumpe Einschüchterungsversuch bürgerlicher Politik und in seinem Gefolge auch der Voraus-

journalismus der einschlägigen Medien wird unsere Mitglieder beflügeln, nicht verängstigen.

Wenn der Parteivorstand zum Schluss gekommen ist, dem Parteitag «Stimmfreigabe» zu empfehlen, so versteht diesen Antrag offenbar nur, wer diese Partei auch ein bisschen kennt.

Bei der Diskussion um eine «Schweiz ohne Armee», wie sie unsere Partei Anfang Juni zu führen gedenkt, geht es nicht um die Flucht aus der Grundsatzfrage, um irgendein Allotria, wie uns diese unterstellt wurde, sondern um eine Gewissensfrage. Die Männer und Frauen dieser Partei müssen darin frei sein und frei entscheiden können. Eine Freiheit übrigens, wie sie auch die Bundesverfassung vorsieht. Wer glaubt, dieser Partei die «Stimmfreigabe» als Flucht aus der Grundsatzfrage auslegen zu müssen, ist selber nicht bereit, die Grundsatzfrage zu diskutieren, übt Gesinnungsterror. Dafür aber ist in der SPS kein Platz. Allein schon die Struktur unserer Mitgliedschaft und der demokratische Aufbau von der Basis her verbietet dies. Die Parteileitung kann und will dem Parteitag nicht befehlen, was er zu denken und wie er abzustimmen hat. Es sind die Sektionen und ihre Parteitagsdelegierten, welche im Juni die Parole zur Initiative fassen werden. Und gar niemand sonst. Friedenskräfte und Aktivdienst-Generation haben das Wort, aber auch jene, die der Meinung sind, dass die Schweiz vordringlichere Probleme hat als die Armee. Diese Kräfte sind zahlreich.

Unsere Partei ist geübt, im gegenseitigen Respekt der politischen und geschichtlichen Erfahrungen des einzelnen Mitgliedes Politik zu machen. Wir haben das erlebt in

der Diskussion um den Austritt aus dem Bundesrat, wir haben das in den späten siebziger Jahren erlebt in der Diskussion um die Atomenergie. Die Atomskepsis der SPS ist inzwischen eine Mehrheitsposition in der Schweiz.

Es geht in unserem parteiinternen Dialog über Frieden, Sicherheit und EMD-Politik nicht darum, was bürgerliche Politiker oder allenfalls Koalitionspartner, falls man sie unbedingt so nennen muss, von der SPS erwarten oder gar fordern. Männer und Frauen, Alte und Junge, solche vom Land und solche aus der Stadt werden, wie schon so oft, das Thema miteinander beraten, leidenschaftlich und engagiert.

Es ist uns natürlich nicht verborgen geblieben, dass das bürgerliche Kriegsgeschrei und die unmoralische Aufrüstung wider die demokratische Auseinandersetzung vor allem dazu dienen soll, die Diskussion der Parteitagsdelegierten von ihren wichtigsten Aspekten abzulenken: vom Frieden, von der wirklichen Bedrohungslage und von der Glaubwürdigkeit der Armee in einem Staat, dessen Institutionen in letzter Zeit an Glaubwürdigkeit verloren haben, einem Staat, dessen Mehrheitspolitiker den politischen Dialog fürchten und ihm «Diamant» als kläglichen, wenn auch teuren Ersatz anbieten.

Für die SPS ist das aber kein Ersatz. Ihre Geschichte, vor allem aber ihre Auffassung von politischer Wahrhaftigkeit lassen solche Spielchen nicht zu. Sie wird über die Armee diskutieren, ob das der Mehrheitspolitik passt oder nicht. Die politische Rechte der Schweiz sollte sich endlich mit der SPS abfinden, so wie sie real existiert und nicht einer pflegeleichten Linken nachträumen, die es gar nicht gibt.

Zum Parteitag vom 3. Juni 1989

Der SPS-Präsident an die Delegierten

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen

Als einzige Bundesratspartei wird die SPS am Parteitag vom 3. Juni 1989 die Initiative «Schweiz ohne Armee» nicht nur scheindemokratisch, sondern echt demokratisch diskutieren. Diese Auseinandersetzung stellt an uns alle höchste politische und menschliche Anforderungen. Deshalb erlaube ich mir ein offenes Wort an Euch alle.

Für bürgerliche Parteien und Politiker ist die Armee der Masstab aller politischen Dinge. Darüber wird kaum diskutiert, es wird manifestiert. Um so intensiver und aggressiver mischen sie sich in unsere Diskussion ein. Sie wollen uns befehlen, wo es rechts durchgeht. Wortführer ist SVP-Nationalrat Blocher. Er sagt laut, was andere heimlich denken.

Was wollen Blocher und Konsorten? Der SVP-Mann erklärte bereits im Sommer 1988: Weg mit der SP im Bundesrat. Unsere beiden Genossen in der Landesregierung, Otto Stich und René Felber, sind ihm unheimlich stark, sind ihm zu stark geworden! Nun will Blocher die Armee als Vehikel für seinen arroganten Plan benutzen.

Lasst Euch von diesem Mini-Strauss nicht verrückt machen. Lasst Euch weder provozieren noch einschüchtern. Die SP wird nicht in diesen «vaterländischen Krieg» ziehen. Wir haben Wichtigeres zu tun. Die SP hat in der Militärpolitik des EMD immer eine eigenständige Position eingenommen. Das muss so bleiben. Ihr bekommt nun für Eure Meinungsbildung für den Parteitag Arbeitsunterlagen. Persönlich, das ist öffentlich bekannt, lehne ich die Initiative ab. Der Partei-

vorstand beantragt Stimmfreigabe – mit der Option für die Landesverteidigung. Beide wollen nicht keine, sondern wollen weniger Armee, wollen mehr soziale und ökologische Sicherheit. Für unsere Existenz wird Land-Verteidigung und ist nicht allein Landesverteidigung immer bedeutsamer.

Die Partei benötigt einen politischen Entscheid, mit dem sie leben kann. Wir lassen uns nicht in eine von Blocher und Konsorten gewünschte Sackgasse manövrieren. Bleiben wir deshalb gelassen. Entscheiden wir klug. Überlassen wir den «Glaubenskrieg» anderen. Partei und Fraktion haben in der Kopp-Affäre hervorragend operiert. Die SP spürt bei den Wählerinnen und Wählern Auftrieb. Wir müssen 1991 zurückholen, was wir 1987 verloren haben. Bewahren wir uns vor einer unnötigen Zerreihsprobe. Setzen wir unsere Kräfte nicht für ein totes Rennen ein, in dem es für die SP politisch nichts zu holen gibt.

Beweisen wir Grösse in der Toleranz Andersdenkenden gegenüber. Unsere Stärke war und bleibt die Meinungsvielfalt in der Einheit.

Herzlich Euer Parteipräsident

Helmut Hubacher

Anträge des Parteivorstandes

Der Parteivorstand hat an seiner Sitzung vom 28. Januar zuhänden des ausserordentlichen Parteitages vom 3. Juni 1989 die folgenden Anträge verabschiedet:

1. Der Parteitag beschliesst für die Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» Stimmfreigabe.
2. Im Sinne einer Ergänzung und Aktualisierung des SPS-Leitbildes für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik verabschiedet der Parteitag die SPS-Thesen «Auf dem Weg zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik».
3. Der Parteitag genehmigt das «Dreizehnpunkte-Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik» und bekräftigt damit die von Parteileitung und Fraktion festgelegten politischen Handlungsschwerpunkte im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik.
4. Über einen allfälligen Antrag zur Lancierung einer Volksinitiative im Bereich der Sicherheits- und Friedenspolitik wird der Parteivorstand an einer der nächsten Sitzungen Beschluss fassen und dem Parteitag gegebenenfalls einen konkreten Vorschlag unterbreiten.

Begründung für Stimmfreigabe

Zum Antrag des Parteivorstandes

Der Parteivorstand hat an seiner Sitzung vom 28. Januar 1989 mit 49 zu 21 Stimmen beschlossen, dem Parteitag vom 3. Juni Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» zu beantragen. Der Parteivorstand hatte sich zuvor in einer Eventualabstimmung mit 28 zu 28 Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten nur ganz knapp für die Nein-Parole entschieden.

Der Parteivorstand versteht diese Stimmfreigabe als politisch begründeten Standpunkt der SPS zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee» und nicht als Ausweichen vor einem politischen Entscheid der Partei. Der allfällige Entscheid des Parteitages zugunsten der Stimmfreigabe soll in diesem Sinne nicht als Aufforderung an die Kantonalparteien und an die Sektionen verstanden werden, die Parolendiskussion nach dem schweizerischen Parteitag auf kantonaler und kommunaler Ebene erneut aufzurollen. Der Parteivorstand geht davon aus, dass der Entscheid des Parteitages auch im Falle einer Stimmfreigabe für die Kantonalparteien und für die Sektionen verbindlich ist.

Der Antrag des Parteivorstandes auf Stimmfreigabe ist zur Hauptsache in den folgenden Überlegungen begründet:

1. Mit der Stimmfreigabe trägt der Parteitag dem breiten Meinungsspektrum innerhalb der Partei in dieser Grundfrage Rechnung und respektiert die je nach ihrer geschichtlichen oder politischen Erfahrung unterschiedliche Haltung ihrer Mitglieder und die Freiheit des persönlichen politischen Entscheides in dieser Frage. Die in der Armeefrage zutage tretenden unterschiedlichen Strömungen und unterschiedlichen taktischen Positionen innerhalb der SP sind eine politische Realität, die es bei der Diskussion über

die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» zu berücksichtigen gilt.

2. Eine überdimensionierte Grundsatzdebatte innerhalb der SPS für und wider die Armeeab-schaffung würde verdrängen, was in der Sicherheits- und Friedenspolitik der SPS in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen muss: eine aktivere Rolle der Schweiz in den internationalen Bestrebungen um Entspannung, blockübergreifenden Dialog und weltweite Abrüstung. Die SPS fordert die Ablehnung überrassener EMD-Rüstungsvorhaben, das Einfrieren der Rüstungsausgaben auf dem jetzigen Stand sowie die Lösung der Militärdienstverweigererfrage. Wichtig ist schliesslich der Einsatz zugunsten einer schweizerischen Sicherheitspolitik, welche weniger von militärischer Bedrohung spricht und statt dessen die Zerstörung von Umwelt und Lebensqualität als reale Bedrohung der Menschheit versteht. Der Antrag auf Stimmfreigabe soll dazu beitragen, dass die politisch richtigen Proportionen in der Diskussion um diese Initiative gewahrt bleiben.

3. Ein «differenziertes Nein» der SPS zur Initiative, verbunden mit einer grundsätzlichen Kritik der heutigen EMD-Armee- und -Rüstungspolitik, wird in der Abstimmungskampagne untergehen. Die politische Rechte wird alles daran setzen, die Volksab-

stimmung über die Armeeab-schaffungsinitiative zum Plebiszit für die Armee als heiliger Kuh der Nation zu machen. Mit einer Stimmfreigabe will die SPS zum Ausdruck bringen, dass sie dazu nicht Hand bietet.

4. Die Stimmfreigabe bedeutet keine Abkehr vom bisherigen SPS-Kurs in Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik. Der Parteivorstand hat vielmehr ein Dreizehnpunkte-Programm zur Friedens- und Sicherheitspolitik zuzuhenden des Parteitages verabschiedet, mit dem die politische Stossrichtung und die politischen Schwerpunkte der SPS für die kommenden Jahre festgesetzt werden. Mit diesem Schwerpunktprogramm wird der EMD- und armeekritische Kurs der Partei bestätigt und aktualisiert.

SPS-Pressekonferenz

Die Pressekonferenz der SPS zur Armeeabstimmung vom 23. Februar war gut besucht. Die armeekritische Position der SPS ist anerkannt. Die öffentliche Meinung begrüsst die Diskussion über den Frieden in der Welt und für eine redimensionierte Rüstungspolitik. Diesem Bild stehen die Kommentare zum Parolantrag gegenüber: Vom «Eiertanz» bis zu «Kapriolen» ist oft enttäuscht und spöttisch die Rede. Verlangt wird ein regierungstreues Nein, und einige wollen die SPS mit einem kompromisslosen Ja ins Abseits schubsen. Zwischentöne sind nicht gefragt. Dem Drang nach fundamentalem Schwarz und Weiss der Presseleute kann die SPS gerade hier nicht nachgeben. (rz)

Thesen zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik

I. Grundsätze

Sozialdemokratische *Sicherheitspolitik* dient dem Frieden und hält Wege für die politische Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft offen. Das Überleben der Menschheit zu sichern, die Freiheit zur politischen Selbstbestimmung zu wahren und eine gerechte Gesellschaftsordnung zu entwickeln, sind Kernelemente sozialdemokratischer Politik.

Ziel sozialdemokratischer Friedenspolitik ist eine politische Weltordnung, die sich auf vereinbarte Verfahren der gewaltfreien Regelung von Konflikten gründet und Krieg als Mittel der Politik ausschliesst. *Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik* ist es, den Einsatz von militärischen Gewaltmitteln zu verhindern, solange diese nicht beseitigt sind. Wir können Frieden nur schaffen, wenn wir *gemeinsam Frieden stiften*. Ein wirksames und dauerhaftes System internationaler Sicherheit umfasst nicht nur den militärischen, sondern auch den politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Bereich. Frieden ist für uns nicht nur das Schweigen der Waffen, sondern auch das *Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung*. Frieden ist für uns auch der *Frieden mit der Natur*.

II. Für eine gemeinsame Strategie des Überlebens

Wir leben in einer weltgeschichtlich neuen Situation. Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historische beispiellose Alternative verlangt ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten,

besonders an die Sicherung des Friedens. Veraltete sicherheits- und militärpolitische Denkschemen müssen deshalb über Bord geworfen werden. In diese Richtung weisen die nachstehenden Grundsätze und Thesen, wie sie in den letzten Jahren Eingang in friedens- und sicherheitspolitischen Überlegungen und Konzepte westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien gefunden haben.

Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Die Politik der militärischen Abschreckung hat in eine Sackgasse geführt. Sie will Sicherheit jeweils einseitig gegenüber den anderen durch Rüstung herstellen. Abschreckung – ursprünglich zur Kriegsverhinderung gedacht – wird in ihrer modernen Ausprägung mit dem Zwang zur schnellen Reaktion die Beherrschbarkeit von Krisensituationen erschwert.

Ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen davon aus, dass Sicherheit heute und in Zukunft nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander möglich ist. Gemeinsame Sicherheit geht von der Erkenntnis aus, dass nicht nur die ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen grenzüberschreitend wirken.

Jeder Staat muss im eigenen Interesse Mitverantwortung für die Sicherheit der anderen Staaten übernehmen. Dies verlangt radikales Umdenken, den Bruch mit

uralten Denk- und Verhaltensweisen: In dem Bewusstsein, dass es keinen absolut sicheren Weg zu einem dauerhaften Frieden gibt, müssen wir der Risikobereitschaft zum Krieg die Risikobereitschaft zum Frieden vorziehen. Nur blockübergreifend organisierte Sicherheit bietet einen Ausweg aus der bisherigen Logik der Abschreckung. Es gilt, die Dynamik der Aufrüstung zu brechen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang zu setzen. Waffen und Streitkräfte sind so umzugestalten, dass sie zur Abwehr und nicht zum Angriff fähig sind. Das Ziel der militärischen Sicherheitspolitik ist die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit.

Für eine europäische Friedensordnung

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit, dessen Ziel eine europäische Friedensordnung und die Überwindung des Systems der wechselseitigen Abschreckung ist, gewinnt in Ost und West zunehmend an Unterstützung. Durch den historischen Vertrag zur weltweiten Beseitigung aller landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen hat der Abrüstungsprozess neuen Schwung erhalten. Jetzt kommt es darauf an, diesem Prozess zusätzliche Dynamik zu geben, ihn durch weitere Abrüstungsschritte im konventionellen, nuklearen und chemischen Bereich unumkehrbar zu machen und in Europa einen Zustand des gesicherten Friedens durch strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der Streitkräfte in Ost und West zu schaffen. Die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ist dabei nicht nur ein mi-

litärisches Merkmal. Vielmehr erfordert dieses Konzept ein gesellschaftliches und politisches Klima, das nicht von Feindbildern, irrationalen Bedrohungsvorschlägen und der Tendenz zu gewaltsamen Konfliktlösungen geprägt ist.

KSZE als Forum der europäischen Friedenspolitik

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) soll das Forum für die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung im Geiste der Schlussakte von Helsinki und im Sinne des von der Wiener Konferenz im Januar 1989 verabschiedeten Schlussdokuments sein. Der KSZE-Prozess für ein friedliches und sicheres Europa ist weiter voranzutreiben und zu institutionalisieren. Ziel dieses europäischen friedens- und sicherheitspolitischen Prozesses muss sein:

- die Sicherung des Friedens in Europa durch die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses zu einem System kollektiver Sicherheit;
- der wirksame Beitrag Europas zur Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes;
- die umfassende Verwirklichung der individuellen und kollektiven Menschenrechte;
- die Sicherung des Überlebens durch umfassenden Schutz der Umwelt.

Weltweiter Frieden durch soziale Gerechtigkeit

Der Reichtum der Industriestaaten beruht nach wie vor wesentlich auf der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt. Dieses Nord-Süd-Gefälle hat sich in den letzten Jahrzehnten – trotz Anstrengungen internationaler und nationaler Institutionen – weiter verschärft. Die heutige Weltwirtschaftsstruktur ist noch immer von ungleichen und diskriminierenden Wirtschafts- und Austauschbeziehungen geprägt, wel-

che die Lage der Dritten Welt weiter verschlechtern. In der Verelendung der Länder der Dritten Welt liegt das grösste Hindernis für einen dauerhaften Weltfrieden. Die Armut des Südens ist zudem eine der wichtigsten Ursachen der globalen ökologischen Krise.

Es liegt schon allein im Eigeninteresse der Industriestaaten, den Reichtum in der Welt gerecht zu verteilen und den Völkern des Südens eine dauerhafte politisch, wirtschaftlich und sozial gerechte Entwicklung zu ermöglichen. Dazu ist es unabdingbar, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, die auf gleichen und gleichberechtigten Wirtschafts- und Austauschbeziehungen beruht. Die Industrieländer müssen zudem zur Lösung der Verschuldungskrise Hand bieten durch Verzicht auf öffentliche und private Forderungen sowie durch Anpassung des Schuldendienstes an die langfristige innere Leistungsfähigkeit und äussere Transferfähigkeit der Schuldnerländer.

Zur Unterstützung der Länder der Dritten Welt müssen die Industrieländer durch die Verminderung der Rüstungsausgaben umfangreiche Mittel freimachen für ein Programm, mit dem die dringlichen Aufgaben in den bedürftigsten Ländern angepackt werden können.

III. Die Schweiz darf nicht abseits stehen

Die Schweiz darf in diesem europäischen und weltweiten Prozess nicht abseits stehen. Sie muss ihrerseits konkrete Beiträge und Schritte zur Entwicklung der gemeinsamen Sicherheit als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt leisten. Dem europäischen Friedensprozess darf und kann sich auch die schweizerische Sicherheits- und Militärpolitik nicht entziehen. Eine grundsätzliche Überprüfung der schweizerischen Sicherheitspolitik drängt

sich auf. Gefordert sind von der Schweiz unter anderem:

1. *Ein stärkeres friedenspolitisches Engagement der Schweiz im europäischen Prozess*, insbesondere im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Als neutraler Staat kann die Schweiz zusammen mit den anderen Neutralen eine besonders aktive Rolle zur Förderung des Ost-West-Dialogs und der blocküberschreitenden Zusammenarbeit, im Zusammenhang mit vertrauensbildenden Massnahmen, sowie bei der Ausarbeitung von Abkommen zur Rüstungsbegrenzung sowie zur Schaffung von kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zonen in Europa spielen.

2. *Die Aktivierung der schweizerischen Friedenspolitik durch Schaffung eines Instituts für Friedens- und Konfliktforschung*. Als neutrales Land hat die Schweiz eine besondere Verpflichtung und zugleich eine besondere Chance, innerhalb und ausserhalb der KSZE einen aktiven Beitrag in den Bemühungen zur Abrüstung, zum Abbau gewaltsamer Auseinandersetzungen, zum Aufbau der gemeinsamen Sicherheit und zur gewaltfreien Konfliktbewältigung zu leisten. Im Rahmen einer grundsätzlichen Überprüfung der schweizerischen Sicherheitspolitik soll die schweizerische Friedensforschung auch neue Konzepte und Formen der Verteidigung (Konzept der sozialen Verteidigung usw.) entwickeln.

3. *Begrenzung der Militär- und Rüstungsausgaben*. Die Militär- und Rüstungsausgaben der Schweiz haben sich am veränderten Bedrohungsbild und am Abrüstungsprozess im konventionellen, atomaren und chemischen Bereich zu orientieren. Staatliche Ressourcen müssen statt dessen vermehrt im Bereich der ökologischen Risiken, in der Entwicklungspolitik und im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung eingesetzt werden.

Programm der SPS zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Die SPS hat im Jahre 1972 ein Leitbild für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik unseres Landes verabschiedet. Dieses Leitbild hat seine Gültigkeit bis heute weitgehend behalten. Einzelne Fragen müssen aktualisiert werden. Die meisten Forderungen der SPS konnten bis heute wegen der politischen Macht der bürgerlichen Kräfte in Parlament und Regierung nicht durchgesetzt werden. Der SPS fällt deshalb die wichtige politische Verpflichtung und Verantwortung zu, die Anliegen einer Friedens- und Sicherheitspolitik zur Schaffung eines gemeinsamen und dauerhaften Friedens auch in den kommenden Jahren inner- und ausserhalb der politischen Institutionen zu vertreten.

Aus diesem Grunde haben Parteivorstand und Fraktion ein Dreizehnpunkte-Programm formuliert, welches die Stossrichtung und Prioritäten in den politischen Aktivitäten von Partei und Fraktion im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik festlegt:

1. Der Bund verstärkt den Einsatz für eine aktive Friedenspolitik auf internationaler Ebene massgeblich. Er gründet ein Institut für Friedens- und Konfliktforschung. Der Einsatz von Blauhelm-Truppen im Auftrag der UNO ist ernsthaft zu erwägen. Die Mittel für eine aktive Friedenspolitik sind deutlich aufzustocken und sollen jährlich im Budget ausgewiesen werden.

2. Die Schweiz muss ihre Anstrengungen zur Entwicklung in der Dritten Welt und zum Abbau des Nord-Süd-Gefälles verstärken. Der Export von Kriegsmaterial soll verboten werden.

3. Die Rüstungsausgaben sollen real auf dem Stand von 1987 eingefroren werden.

4. Der geplante EMD-Rüstungskredit von drei Milliarden Franken für 34 F-18-Kampfflugzeuge stösst an die Grenzen einer defensiven Armee des Kleinstaates. Wir lehnen ihn deshalb ab.

5. Der Einsatz der Armee für den Ordnungsdienst im Inneren ist ausgeschlossen. Der einzige Zweck besteht im Schutz des Landes gegen Aggressionen von aussen.

6. Wir lehnen die Einführung einer ständigen Bereitschaftsgruppe grundsätzlich ab. Die Armee ist und bleibt eine Milizarmee.

7. Der Zivilschutz darf nicht weiter militarisiert werden. Er soll zu einem Instrument für den Katastrophenschutz umgestaltet werden.

8. Anstelle des Wehrdienstes kann ein sozialer Zivildienst geleistet werden. Die Militärdienstverweigerung aus ethischen, religiösen oder politischen Gründen darf nicht mehr mit Gefängnis bestraft werden.

9. Eine obligatorische Dienstpflicht für Frauen oder eine anderweitige Militarisierung der Frauen im Rahmen der Gesamtverteidigung wird abgelehnt.

10. Die Militärjustiz wird für Friedenszeiten abgeschafft.

11. Niemand darf zu Beförderungsdiensten gezwungen werden. Soldaten und Offiziere werden bezüglich Bekleidung, Verpflegung, Sold, Unterkunft u.a.m. gleich behandelt.

12. In Friedenszeiten untersteht die Armee den gesetzlichen Vorschriften des Umweltschutzes und der Raumplanung.

13. Der militärisch-politisch-wirt-

schaftliche Komplex/Filz stellt eine Gefahr für die demokratischen Staatsstrukturen dar. Die Bundesbehörden müssen deshalb die Voraussetzungen für eine wirksame demokratische Kontrolle des Militärs und eine Entflechtung von Armee und Rüstungslobby schaffen.

Erfolg im Wallis Misserfolg im Aargau

Bei den Wahlen im Aargau hat sich ein bewusst traditionell-Gewerkschaftliches Wahlkampfkonzept nicht bewährt. Sieben Sitzverluste im Grossrat sind auch hart, wenn es dem Gegner noch schlechter ging. Eine gründliche Analyse muss zu einem eigenständigen Parteiprofil führen. Nur so wird politisches Selbstbewusstsein wieder aufgebaut. Dann kehren auch die Erfolge wieder zurück.

Bestes Beispiel ist der schöne Erfolg der Walliser SP. Trotz persönlichen und politischen Verunglimpfungen haben François Balmer und Peter Bodenmann erstaunlich gute Staatsratswahlergebnisse erreicht. Bei Proporzwahlen wäre ein Regierungssitz sicher gewesen. Die CVP mit 60 Prozent Wähleranteil bringt ihre Kandidaten nicht mehr im ersten Wahlgang durch. Die SP stockte ihre Grossratsfraktion um zwei Mandate auf. Wer es wagt, die Probleme zu nennen und auch neue Lösungen präsentiert, gewinnt. Der Walliser Erfolg ist ein erfreulicher Ansporn für die SP Schweiz.

Begründung für ein Nein

Die Mehrheit der Geschäftsleitung an den Parteivorstand

I. Vorwort

Die Initiative «Schweiz ohne Armee» stellt eine Herausforderung für unseren Staat dar, ist aber auch eine demokratische Chance zum Dialog. Bei allem Verständnis für Leidenschaften, für Ideale und für grosse Vorhaben müssen wir daran erinnern, dass diese Partei vielfältige Interessen der Arbeitnehmer/-innen, Mieter/-innen und Konsument/-innen wahrzunehmen und für eine intakte Umwelt zu sorgen hat. Um für diese Zukunftsaufgaben gerüstet und politisch stark genug zu sein, dürfen wir uns nicht an der Armeefrage zerreiben.

Der Wunsch geht an die Sektionen und Kantonalparteien, die Delegierten auf den erwähnten Parteitag seriös vorzubereiten. Während die bürgerlichen Bundesratsparteien die Initiative «Schweiz ohne Armee» in der geistigen Achtungstellung im Rekordtempo ablehnen werden, tun wir uns schwerer. Wir wollen eine faire und seriöse Debatte, aber wir brauchen keinen Opfergang mit einem hohen Verlustpreis.

Der Antrag für die Neinparole zur Armeeabschaffungsinitiative ist kein unbedingtes Ja zur bestehenden Armee. Im Gegenteil: Die SPS strebt mit der Mehrheit des Schweizervolks eine den Verhältnissen unseres Landes angepasste, redimensionierte Armee ohne Luxusrüstung, Hochtechnisierung und milizuntaugliche Waffensysteme an. Unser Nein zur Armeeabschaffungsinitiative will ein kritisches Nein sein. Wir wollen zudem verhindern, dass die politische Rechte mit ihrem seit Jahren vertretenen Armeetabu aus der Abstimmung ein Plebiszit für die heute existierende Armee macht.

II. Auf dem Weg zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik

Wir leben in einer weltgeschichtlich neuen Situation. Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historische beispiellose Alternative verlangt ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Veraltete sicherheits- und militärpolitische Denkschemen müssen deshalb über Bord geworfen werden. In diese Richtung weisen die nachstehenden Grundsätze und Thesen, wie sie in den letzten Jahren Eingang in friedens- und sicherheitspolitischen Überlegungen und Konzepte westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien gefunden haben.

III. Neue Bedrohungsformen – weniger und eine andere Armee

Wir wissen, dass eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer zuallererst bei der Rüstung sparen will (gemäss Umfrage über 60 Prozent). Die Rüstungs-skepsis und der Militär-Sparwille in der Bevölkerung nehmen laufend zu. Eine repräsentative Univox-Umfrage von 1988 zeitigt aufschlussreiche Ergebnisse. Auf die Frage, wo «eher weniger Staatsausgaben» gewünscht werden, gab es folgende Antworten: 60 Prozent der Befragten wünschen Einsparungen bei der Landesverteidigung. Auf die Frage, wo «eher mehr Staatsausgaben» erwünscht sind, sehen 63,5 Prozent der Befragten mehr Ausgaben für den Umweltschutz, 48,3 Prozent für die AHV/IV und nur gerade 2,9 Prozent für die Landesverteidigung. Während die bürgerlichen Partei-

en unter Führung der FDP seit 1975 für «weniger Staat» und für mehr Rüstungsausgaben eintraten, hat die SPS übersetzte Rüstungsprojekte konsequent abgelehnt. Erwähnt seien die Kreditbegehren für den Panzer Leopard von 1985 oder für die Kampfwertsteigerung des Panzers 68 von 1988, um nur die beiden letzten Brocken zu nennen. Die Wirksamkeit einer Armee bemisst sich weder an der Höhe der Kosten noch am Grad der Hochtechnisierung. Die Übertechnisierung ist vielmehr ein Faktor der Verletzbarkeit geworden. Sie stellt zudem immer mehr den Milizcharakter der Armee zugunsten der Professionalisierung in Frage. Aus diesen Überlegungen heraus lehnen wir den geplanten Rüstungskredit von 3 Milliarden Franken für 34 F-18-Kampfflugzeuge ab, denn solche Kampfflugzeuge überschreiten die Grenzen einer defensiven Armee des Kleinstaates.

Moderner Industriestaat als Risikogesellschaft

EMD-Kommandanten reden immer nur von der militärischen Bedrohung. Sicherheitspolitik aber geht weit über die militärische Sicht hinaus. Der moderne Industriestaat ist längst zur Risikogesellschaft geworden. Einige Stichworte mögen das andeuten:

- «Tschernobyl», «Bhopal» und «Schweizerhalle» sind Mahnmale für grenzüberschreitende Gefahrenpotentiale, die überall sind.
- Industrielle Anlagen, Atomkraftwerke, Nuklearwaffen, Flugzeugabstürze, Gentechnologie u.a.m. stellen ständige Grosskatastrophenrisiken dar.

– Umweltzerstörungen wie Waldsterben, vergiftete Luft, verseuchte Böden, verbrannte Tropenwälder, Ozonloch, Nordsee-Robtentod usw. bedrohen uns lokal, kontinental und global.

– Das Nord-Süd-Gefälle erzeugt Reichtum und Verschwendung auf der einen, Armut und weltweite Flüchtlingsströme auf der anderen Seite. Solange 27 «reiche» Staaten mit 25 Prozent der Weltbevölkerung 75 Prozent des gesamten Reichtums dieser Erde besitzen, umgekehrt zwei Drittel der Menschen im Armenhaus der Welt vegetieren, kann es weder Sicherheit noch Frieden geben.

– Internationaler Drogenhandel, Industriespionage, Satellitenspione, Verletzlichkeit der elektronisch gesteuerten Wirtschaft oder Grosstechnologie stellen ständige Sicherheitsrisiken dar.

– Wirtschaftliche Abhängigkeit und internationale Multikonzerne können für einen Kleinstaat wie die Schweiz bedrohlich sein/werden.

Die weltweite Kriegsgefahr durch die Grossmächte, die Zerstörung durch Atomkrieg, der Rüstungswahnsinn mit all seinen berechenbaren und unberechenbaren Folgen stellen nur einen Teil der Bedrohungen und des Risikopotentials dar. Sie stehen zudem in einem engen Zusammenhang mit den anderen und neuen Bedrohungspotentialen der modernen Industriegesellschaft.

Sicherheitspolitik ist mehr als Militärpolitik

Diese neue Sicht der Bedrohungslage hat bereits im SPS-«Leitbild für eine friedensstrategische Sicherheitspolitik», beschlossen am Parteitag 1972, Eingang gefunden, wo unter anderem steht:

«Das Fundament jeglicher Sicherheitspolitik ist der Unabhängigkeits- und Widerstandswille eines Volkes. Dieser wiederum ist letztlich eine Frage der Überzeugung von Sinn, Wert, Gerechtig-

keit und Stärke der eigenen Sache. Nur wer eine Gemeinschaft bejaht, in der er sich verwurzelt fühlt und von der er seine eigene Existenz abhängig weiss, kann für deren Erhaltung eintreten. Nicht durch Papier und Wort, sondern durch tatkräftige Anteilnahme am zeitgemässen Ausbau der direkten Demokratie durch gesellschaftspolitische Strukturreformen und sozial- und wirtschaftspolitische Reformen wird dieser Staatsbürger geprägt, auf den sich eine umfassende Sicherheitspolitik zu stützen vermag. Dem gesellschafts- und sozialpolitischen Ausbau des Landes kommt daher für die friedensstrategische Sicherheitspolitik der Schweiz vorrangige Bedeutung zu.»

Das war und bleibt Ziel unserer Politik. Im Unterschied zu bürgerlichen Parteien, die Sicherheitspolitik praktisch ausschliesslich als militärische Gesamtverteidigungspolitik betrachten, definieren wir sie breiter. Sie umfasst Sozial- und Gesellschaftspolitik, Aussen- und Drittweltpolitik, Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik, Katastrophenhilfe und Militärpolitik.

Land-Verteidigung muss heute gleichrangig mit Landesverteidigung sein. Die ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft ist ebenso eine sicherheitspolitische als auch eine wirtschaftliche Aufgabe. Hier stimmen wir mit dem Genfer Prof. Jacques Freymond überein, der Umweltpolitik als Sicherheitspolitik definiert und die Ökologen als die eigentlichen Realisten bezeichnet.

IV. Kritik der heutigen Sicherheitspolitik

Die Sozialdemokratie hat die Schweiz um ein gutes Stück menschlicher, gerechter und humaner gemacht. Aber Widersprüche und Ungerechtigkeiten sind geblieben. Verändert hat sich allerdings die Einstellung der Menschen zum Staat, zur Politik, zu den Parteien. Der allgemeine Wertwandel geht einher mit der

Individualisierung und Entsolidarisierung breiter Bevölkerungsschichten.

Die Menschen sind andererseits selbstbewusster und kritischer geworden. Die lange geltende Rechnung, der technische Fortschritt bringe beinahe automatisch auch eine Verbesserung der sozialen Qualität der Gesellschaft mit sich, wird von einer wachsenden Zahl von Menschen als falsch betrachtet.

Natur und Umwelt sind fast der Erschöpfung nahe. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Da und dort machen sich Pessimismus, Endzeitstimmung breit. Damit dürfen sich Sozialdemokraten/-innen nicht abfinden. Fehlentwicklungen, die von Menschen verursacht wurden, sind von Menschen korrigierbar. Wir wissen aber, dass die blossе Fortschreibung der Vergangenheit keine Zukunft schafft.

Die Armee nicht der Rechten überlassen

Das Bürgertum hat die Armee oft für innere Einsätze missbraucht. In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts richteten sich von insgesamt 90 Ruhe- und Ordnungseinsätzen 60 gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterschaft. Von diesem Hintergrund aus ist zu verstehen, dass die SPS Armee und Landesverteidigung während langer Zeit als Instrument der herrschenden Klasse ablehnte.

Als im Jahre 1933 in Deutschland die Nazis und vorher in Italien die Faschisten an die Macht gekommen waren und den Krieg vorbereiteten, bekannte sich die SPS an einem stürmisch verlaufenen Parteitag von 1935 zur bewaffneten Neutralität. General Henri Guisan würdigte in seinem Schlussbericht über die Aktivdienstzeit von 1939 bis 1945 die Rolle der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Sie war die verlässlichste Stütze im Widerstand, aus ihren

Reihen kamen keine Landesverteiler, was das Bürgertum von sich nicht vermelden konnte.

Das Ja der SPS zur Landesverteidigung blieb immer distanzierkritisch. Die Politik des EMD stiess und stösst oft auf Ablehnung. Die SPS verfolgte stets eine eigene Abwehrodoktrin. Im heute geltenden Parteiprogramm von 1982 ist u.a. dazu zu lesen:

«Militärische Abwehrbereitschaft zur Aufrechterhaltung der eigenen politischen Unabhängigkeit ist für uns ein notwendiges Übel... Unsere kleinstaatlichen politischen Verhältnisse erlauben uns nicht, eine Grossmachtarmee im Kleinformat zu finanzieren. Wir brauchen deshalb die Milizarmee, welche auch im rüstungstechnischen Bereich diesen Grundsatz einhält.»

Um die schmerzlichen Erfahrungen mit Armeeinsätzen gegen den «inneren Feind» nie mehr aufkommen zu lassen, müssen drei Bedingungen erfüllt sein, welche die SPS in ihrer Politik immer gefordert hat:

1. Innere Ruhe- und Ordnungseinsätze sind zu verbieten.
2. Die rechtsstaatlichen Grundsätze gelten auch für die Armee.
3. Die Armee bleibt der Politik sowie der demokratischen Kontrolle unterstellt.

Damit diese Grundsätze durchgesetzt werden können, muss der politische Einfluss der SPS stärker werden. Wir dürfen die Armee und die Militärpolitik nicht dem Bürgertum und seinen Parteien überlassen.

Gegen die Militarisierung der Gesellschaft

In der Botschaft des Bundesrates zur Initiative «Schweiz ohne Armee» heisst es: «Eine umfassende Sicherheitspolitik, die unabhängig von einer glaubwürdigen Armee abhängt, macht die freie Entfaltung von Individuum und Gesellschaft innerhalb des schüt-

zenden Staates erst möglich.»

Für das EMD bzw. für den Bundesrat garantiert die Armee sozusagen alles: Existenz, Freiheit und Zukunftschance. Damit wird die Rolle der Armee überzeichnet. Damit wird der Armee ein Auftrag zugewiesen, den sie nicht zu erfüllen vermag und wofür sie keine Legitimation hat. Der Bundesrat plädiert mit seinem Bekenntnis im Grunde genommen für eine militarisierte Gesellschaft. Eine solche Doktrin lehnt die SPS ab. Die Armee hat den klar definierten Auftrag, das Land gegen eine äussere Bedrohung nötigenfalls bestmöglich schützen zu können, d.h. einen militärischen Angriff möglichst als aussichtslos oder zumindest als verlustreichen Gang zum vornherein abzublocken.

Für die SPS ist die Armee ein «notwendiges Übel», mehr nicht. Schon die sozialistischen Klassiker wie Karl Marx und Friedrich Engels befürworteten die «konsequente Handhabung der allgemeinen Wehrpflicht», sagten ja zum «Milizheer», lehnten aber ein «stehendes Berufsheer» ab. Wilhelm Liebknecht oder August Bebel plädierten ebenso für «die allgemeine Wehrpflicht». In Ländern, in denen die politische Linke regiert bzw. massgeblich Regierungseinfluss hat – als Beispiele seien Schweden, Norwegen und Österreich erwähnt –, haben die sozialdemokratischen Parteien und auch andere Linksparteien nie auch nur daran gedacht, die Armee ihres Landes abzuschaffen. Diese Tatsache ist un schwer zu erklären: Die eigentliche Kriegsgefahr geht nicht von diesen Staaten aus, sondern von den Grossmächten. Deshalb geht es nicht darum, dass sich die potentiellen Opfer zuerst selber ent waffnen, sondern es müssen die Grossmächte und im Verbund mit ihnen die anderen Staaten mit der Abrüstung vorangehen. Gegenwärtig besteht Mut zur Hoffnung, der Weg zum Weltfrieden aber ist noch weit.

V. GSOA-Initiative ist kein gangbarer Weg für die SPS

Armeeabschaffung heute weder konsens- noch mehrheitsfähig

Umfragen jüngerer Datums zeigen – und davon gehen auch die Initianten/-innen selber aus –, dass für die Abschaffung der Armee in der schweizerischen Öffentlichkeit heute nur eine kleine Minderheit zu finden ist. Diese Ausgangslage ist in die Entscheidungsfindung der SPS einzubeziehen. Die Radikalität des Initiativbegehrens trifft auf eine breite Bevölkerung, die für eine solche Diskussion noch gar nicht oder völlig ungenügend vorbereitet ist. Diese Radikalität erschwert auch den Dialog. Jedes Land hat seine Geschichte. Die Armee hat in der Schweiz eine Tradition und hat einen hohen Stellenwert. Es ist unnötig, darüber zu streiten, warum, weshalb oder ob weniger nicht mehr wäre. Die Initiative überfordert effektiv die gegenwärtige politische Kultur.

Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will bis jetzt nicht auf jegliche bewaffnete Landesverteidigung verzichten. Jene, die zwar unsere Milizarmee beibehalten wollen, weil sie sie sicherheitspolitisch, neutralitätspolitisch und traditionell staatspolitisch wie auch aus historischen Gründen für nach wie vor unverzichtbar ansehen, diese Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen wir nicht dem unkritischen Nein der Militärlobby überlassen. Wir wollen auch ihre Ängste ernstnehmen. Nur dieses EMD-kritische Nein gibt jenen eine Stimme, die sich die Schweiz ohne Armee jetzt noch nicht vorstellen können, jedoch dem Militär einen weniger wichtigen Stellenwert in der Politik und vor allem weniger Steuergelder zur Verfügung stellen wollen. Wir wissen, dass die Rüstungs skepsis und der Militärsparwillen in der Bevölkerung immer mehr an Boden gewinnen. Gerade in

dieser Situation halten wir deshalb eine Armeereform- und Rüstungsbeschränkungspolitik für viel glaubwürdiger, wie sie die SPS seit langem verfolgt. Der Erfolg der SP-Rüstungsreferendums-Initiative 1987 mit 41 Prozent Ja-Stimmen zeigt, in welcher Richtung in der Bevölkerung Mehrheiten zu finden sind.

Die SPS darf sich armeepolitisch nicht abmelden

Die Initiative «Schweiz ohne Armee» stellt auch für die SPS eine aussergewöhnliche politische Belastungsprobe dar. Wer wäre nicht für eine Welt ohne Waffen? Wer ist nicht für Abrüstung und Frieden? Wer hofft nicht auf eine Zukunft ohne atomare Zerstörungsgefahr? Die Initiative stellt vom Ideal her das Optimum dar. Sozialisten/-innen sind rasch und gerne bereit, für Ideale ihr Herzblut einzusetzen. Auf der anderen Seite stehen die politischen Realitäten: eine Welt, in der die Grossmächte zwar miteinander über Abrüstung zu verhandeln beginnen, in der aber der Rüstungswahnsinn nach wie vor dominiert.

Die SPS muss in der politischen Entscheidungsfindung die ganze Breite der Mitgliedschaft und die gesamte Wählerschaft in die politischen Überlegungen einbeziehen. Aus diesem Grund nützt politisch-kämpferisch gehandhabter Realitätssinn mehr als die idealistisch riskierte Manöver ins politische Abseits. Was jedem einzelnen Genossen und jeder einzelnen Genossin als persönliches Bekenntnis recht ist und sein darf, kann für die Partei nicht immer billig sein. Die Abstimmung über die Initiative «Schweiz ohne Armee» darf nicht einen billigen Sieg der Bürgerlichen, eine Stärkung der Militaristen und eine Schwächung der SPS bringen. Eines ist klar: Die Armeefrage ist kein aussenpolitisches, sondern in erster Linie unser innenpolitisches Problem. Die bürgerliche

Mehrheit hat es bisher verhindert, die Milizarmee zu einem Volksheer zu machen. Ihre Nato-Nähe, ihre unerträgliche Arroganz, für jedes Manöver das inne-

re oder das Moskau-Feindbild aufzuziehen, hat der Armee schweren Schaden zugefügt. Dass diese unbelehrbaren Militätköpfe mit der Gorbatschow

Hausmann als Wehrmann

Von Nationalrätin Ursula Hafner

Hausarbeit und Kinderbetreuung werden offenbar weiterhin auch «von Staates wegen» gering geschätzt. Ich kenne einen Familienvater, der diese Arbeit leistet und in den Militärdienst einrücken musste. Eine gutmütige Grossmutter, die gratis hätte einspringen können, stand nicht zur Verfügung. Deshalb musste seine Frau, welche finanziell für den Unterhalt der Familie sorgt, frei nehmen. Ihr Arbeitgeber sah's zwar nicht gern, gewährte ihr aber schliesslich einen unbezahlten Urlaub. Ihr Verdienstausschlag wurde nicht entschädigt. Der Mann bekam als Nichterwerbstätiger aufgrund der Erwerbsersatzordnung nur das Minimum für Verheiratete mit Kindern. Es beträgt je nach Kinderzahl höchstens 67 Franken pro Tag, während ein Erwerbstätiger maximal 155 Franken pro Tag erhält. Eine Familie, in welcher die Rollenverteilung dem althergebrachten Bild entspricht, wird durch den Militärdienst des Vaters nicht in finanzielle Nöte gestürzt. Anders eine Familie, in welcher die Rollen anders verteilt sind: Sie erhält nicht einmal halb so viel Erwerbsersatz! In gleicher Weise benachteiligt ist eine Familie, wenn die Hausfrau und Mutter im Zivildienst oder im MFD Dienst leistet. Das ist ungerecht. Es ist auch verfassungswidrig. Ich weiss von einem Hausmann, der deshalb eine Beschwerde einreichte. Der Richter gab ihm grundsätzlich recht, sah sich aber gezwungen, die Beschwerde abzulehnen. Begründung: Er habe auch eine «dem klaren Wort und Sinn nach verfassungswidrige Regel» anzuwenden. Es sei ja nicht Sache der Richter, die Gesetze zurechtzubiegen. Es ist die Aufgabe des Parlaments, veraltete Gesetze zu ändern. Eine entsprechende Motion im Nationalrat fand denn auch breite Unterstützung. Die Erwerbsersatzordnung widerspricht ja in diesem Punkt nicht nur dem Gleichberechtigungsartikel unserer Verfassung, sondern auch dem Ehegesetz, das seit einem guten Jahr in Kraft ist und festhält, dass die Ehegatten gemeinsam für den Unterhalt der Familie sorgen.

Doch was antwortet der Bundesrat? Er beantragte, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und schloss seine ausweichende Stellungnahme mit den Worten: «Die in der Motion angesprochenen Situationen sind heute noch Ausnahmen; sie könnten zahlreicher werden, wenn die gegenwärtige Tendenz zur Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau anhält. Wenn es soweit kommt, wird die Frage in ihrer Gesamtheit geprüft werden müssen.»

Zwar ist die Regelung dieser Ausnahmefälle verfassungswidrig, zwar leiden die Betroffenen darunter, zwar stehen alle Nationalrätinnen hinter der Motion – aber was schert's den Bundesrat! Auch die Frauen im Parlament sind ja heute noch Ausnahmen. Doch sie könnten zahlreicher werden, und dann müssten einige Fragen «in ihrer Gesamtheit geprüft werden». Wie unbequem!

Politik ihre liebe Not haben, d.h. dass ihr Feindbild wackelt, muss deshalb als sehr erfreulich betrachtet werden. Hier müssen und können wir unsere Chance für die Armeeform und gegen die schweizerische Hochrüstung nutzen. Gleich die ganze Armee abschaffen zu wollen überfordert unsere Partei und unsere Wähler/-innen heute und gefährdet als unrealistische Forderung die von uns erreichbaren Ziele.

Eine ungenügende Antwort auf friedenspolitische Fragen

Darüber hinaus kann die Initiative die folgenden vier friedenspolitisch wichtigen Fragen nicht oder nur ungenügend beantworten:

1. Stellt die Schweizer Armee für andere Staaten eine Gefahr dar? Nein, ihre Nichtangriffsfähigkeit ist glaubwürdig, ihr Defensivkonzept ist kontrollierbar.
2. Würde die «Schweiz ohne Armee» sicherer? Nein. Der Verzicht eines Kleinstaates auf die eigene Armee ändert weltweit am militärischen Kräfteverhältnis nichts, schwächt aber international die eigene Position.
3. Würde die Welt mit einer «Schweiz ohne Armee» sicherer? Nein. Die Schweizer Armee stellt weltweit oder europäisch kein Bedrohungspotential dar.
4. Würde eine «Schweiz ohne Armee» weltweit zum Vorbild avancieren? Nein. Abrüsten müssen die Grossmächte, von denen die Kriegs- und Zerstörungsgefahr ausgeht. Ob, wie und in welcher Zeit die Grossmächte vom Rüstungswahnsinn wegkommen und eine Politik der Sicherheitspartnerschaft sowie der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit betreiben werden, wird nicht von bewaffneten oder unbewaffneten Aktivitäten der Kleinstaaten beeinflusst. Rüstung und Abrüstung der Grossmächte haben mit Macht, Einfluss und gegenseitiger Zuweisung der Machtsphären zu tun.

VI. Mehr Mut zu einer offensiven und risikoreichen Friedenspolitik der Schweiz

Im Juni 1988 fand in Toronto eine Konferenz zur weltweiten Klimaveränderung statt. In einem Bericht des Bundesamtes für Umweltschutz heisst es dazu:

«Schadstoffe, die durch menschliche Aktivitäten, verschwenderischen Verbrauch von fossilen Brenn- und Treibstoffen sowie durch das starke Bevölkerungswachstum bedingt sind, verändern die Erdatmosphäre in einem bisher noch nie dagewesenen Mass. Diese Veränderungen stellen eine Hauptbedrohung der internationalen Sicherheit dar.»

Allein dieser bedrohliche Rapport müsste Parteien, Politik und Behörden motivieren und mobilisieren, mehr für die Land-Verteidigung, mehr für den Frieden zu tun und nicht immer nur die Landesverteidigung vorzuschieben.

Die Schweiz kann als Kleinstaat in Rüstungsbelangen weder in Moskau noch in Washington noch anderswo mächtigen Einfluss ausüben. Doch von viel bis nichts ist ein weiter Weg. Gerade deshalb plädiert die SPS für eine aktivere, für eine offensivere, für eine risikoreichere Friedenspolitik. Friedenspolitik umfasst mehr als die Vernichtung der Waffenarsenale. Der Bogen der Handlungsmöglichkeiten für den Kleinstaat Schweiz ist sehr weit gespannt. Hier ein paar Beispiele dafür:

- Der Bund gründet endlich ein Friedens- und Konfliktforschungsinstitut.
- Die neutrale Schweiz lädt zu einer internationalen Konferenz zur Entschuldung der Drittweltländer ein.
- Abrüstung im konventionellen Bereich muss auch für die Schweizer Armee endlich zum Thema werden.
- Die Schweiz initiiert zusammen mit anderen neutralen und blockfreien Staaten neue Abrüstungsinitiativen.
- Die Schweiz lanciert internatio-

Kreativität als Menschenrecht

12 Schweizer Schriftstellerinnen und Schriftsteller dies und jenseits des «Röschigrabe» beschreiben ihre materielle und geistige Situation als Kulturschaffende in der Schweiz. Es sind dies: Andreas Balmer, Werner Bucher, Claude Darbellay, Ursula Eggli, Serge Ehrensperger, Christoph Geiser, Ingeborg Kaiser, Benoist Magnat, Juan Martinez, Rolf Niederhauser, Amélie Plume, Hank Vogel. Was dabei herausgekommen ist, ist von erstaunlicher formaler und inhaltlicher Vielfältigkeit und zeugt von der Intensität und Originalität des Kulturschaffens in der Schweiz ebenso wie von der täglichen Entmutigung über die materiellen Bedingungen. Eine Bestandesaufnahme, die nicht nur Kulturpolitiker zu interessieren vermag.

Zu bestellen bei: Administration Vorwärts, Postfach, 3001 Bern.

nale Umweltschutzprojekte und stellt entsprechende Mittel dafür bereit.

- Eine Zivildiensttruppe wird für den internationalen Einsatz in Drittweltländern formiert, militärische Wiederholungskurse werden dafür angerechnet, entsprechende Mittel werden bereitgestellt, Infrastrukturausgaben (mit)finanziert.
- Die neutrale Schweiz übernimmt die aktive Rolle, damit Drittweltländern faire Rohstoffpreise bezahlt werden.
- Die Schweiz erhöht ihren Anteil an öffentlicher Entwicklungshilfe massiv auf den Stand der in diesem Bereich fortschrittlichsten Industrieländer.
- Die Schweiz kehrt zu einer offenen und humanen Asylpolitik zurück und wird vermehrt in der Flüchtlingsausserpolitik aktiv.

Begründung für ein Ja

Die Minderheit der Geschäftsleitung an den Parteivorstand

Vorwort

Die Volksinitiative der GSaA ist für die SPS eine Herausforderung. In dem wir uns der Diskussion stellen, nehmen wir die Herausforderung an. Wenn wir für die Debatte genügend Zeit investieren, Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichen Positionen einladen, ihnen zuhören, mitdenken und uns mit den verschiedenen Thesen intensiv und in Ruhe auseinandersetzen, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass aus der Herausforderung eine Chance für die SP wird. So kann aus der «Zerreißprobe» eine fruchtbare Probe werden, die wir bestehen können.

Je fairer, offener und ausführlicher auf allen Ebenen unserer Partei diese Initiative diskutiert wird, um so eher können alle den Entscheid des ausserordentlichen Parteitages akzeptieren und andere politische Aufgaben wieder gemeinsam angehen. Wir «Sozialdemokraten/-innen für eine Schweiz ohne Armee» sind bereit, unseren Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung dieser Herausforderung zu leisten. Die folgenden 25 Thesen verstehen wir als einen Teil dieses Beitrages.

A) Grundsätzliche globale europäische Argumentationsebene

1. Wir leben heute in Europa – längerfristig auf der ganzen Welt – in einer neuen historischen Situation, die auch friedenspolitisch ein neues Denken nötig macht: Wir können nicht mehr gegeneinander Sicherheit schaffen und überleben, sondern nur noch miteinander. Sicherheitspartnerschaften müssen alte Feindschaften ablösen. Gegeneinander ist gewiss nicht mehr zu erreichen, als was auch miteinander

der noch schwer genug zu verwirklichen ist. Ein Krieg würde dieses Bemühen und letztlich auch unser aller Zukunft zum Scheitern verurteilen. Das neue friedenspolitische Denken besteht nun darin, den Krieg unter allen Umständen zu verhindern, statt ihn weiterhin vorzubereiten.

2. Statt immer noch und immer wieder das Unmögliche vorzubereiten, nämlich einen künftigen europäischen Krieg überleben zu wollen, sollten wir alles unternehmen, um ihn zu verhindern. Dazu gehört, dass wir all die Mittel, Menschen und Ideen, die wir bisher in die Armee und somit zur Vorbereitung des Krieges investiert haben, zu dessen Verhinderung einsetzen. Was wir für die Armee ausgeben, fehlt uns zur Ausschöpfung all dessen, was uns zur Verhinderung des Krieges zu tun möglich ist.

Es liegt ein eigentlicher Selbstbetrug und ein Betrug gegenüber der Bevölkerung vor, wenn Armee und Zivilschutz vorgeben, sie könnten die Schweizer/-innen vor den katastrophalen Folgen des nächsten Krieges bewahren und sie von der Notwendigkeit entbinden, eine konsequente Friedenspolitik aufzubauen.

3. Die politischen und technologischen Entwicklungen während und nach dem 2. Weltkrieg haben eine welthistorische Zäsur bewirkt: Krieg darf in Europa nicht mehr möglich sein, weil er zum unter Umständen alles zerstörenden Blockkrieg und zum Einsatz aller verfügbaren Massenvernichtungssysteme eskalieren würde. Dies zu erkennen fällt uns oft schwer: Die 2000jährige Kulturgeschichte der Gewalt steht uns ebenso im Weg wie der alte Irrtum, wonach alle den kommen-

den Krieg immer in den Kategorien des letzten gedacht und vorbereitet haben. Doch der nächste Krieg unterscheidet sich diesmal vom letzten eben dadurch, dass auch die Sieger zu den Verlierern gehören würden, dass es also keine Sieger mehr geben kann.

4. Kriege sind keine politischen Optionen mehr, weil die meisten alles verlieren würden. Ein Nachher, Voraussetzung jeder Politik, wird es nicht mehr geben.

Diese Grundeinsicht gilt es als Chance zu nutzen. Auf einer neuen supranationalen Ebene, zum Beispiel in einem qualitativ weiter entwickelten Völkerrecht, gilt es, die den neuen Verhältnissen entsprechenden unmilitärischen Umgangsformen unterschiedlicher Staaten und die unmilitärischen Regelungen ihrer immer wieder auftretenden Konflikte festzuschreiben. So können Sicherheitspartnerschaften verankert werden.

Weltinnenpolitisch gilt es, die Ressourcen so umzuleiten, dass einem ein Weniger an Militär ein Mehr an Lebenschancen und deren gerechtere Verteilung entspricht. Darin liegt das Wesen der umfassenden Friedenspolitik. Sie erlaubt uns, jene Konfliktpotentiale abzubauen, die früher zu Kriegen geführt haben. Eine so verstandene globale Friedenspolitik erlaubt uns allen, uns vom bisherigen archaisch gewalttätigen Umgang unter den Nationen endlich zu emanzipieren. Wir können auch unter Nationen humaner miteinander umgehen, denn wir können uns diesen alten, primitiven Umgang untereinander auch ökonomisch nicht länger leisten, wonach jeder gegen jeden rüstet, weil jeder potentiell vom anderen als Bedro-

hung für seine eigene Existenz wahrgenommen wird, und jeder meint, nur dann überleben zu können, wenn er des anderen Existenz in Frage stellen kann.

5. Diese friedenspolitische Chance würde uns erlauben, auf all jene wirtschaftlichen, ökologischen und klimatischen Bedrohungen sachgerecht einzugehen, die uns heute und in Zukunft bedrohen. Sie erfordern alles andere als eine militärische Antwort beziehungsweise «Verteidigung». Wir müssen uns hier entscheiden, denn was wir bisher fürs Militär aufbrachten, fehlt uns anderswo dringend.

6. Auch eine «defensive» Armee bereitet den Krieg vor. (Apropos «defensiv»: Welche Armee behauptet nicht, «defensiver» Natur zu sein?) Sie stellt sich und die Menschen auf den Krieg ein. Sie bindet Menschen, Energien, Ressourcen, Kräfte und Geld, die sinnvoller ausgegeben werden könnten. Beispielsweise zur Linderung der Not in der 3. Welt – in dem wir uns dort weniger holen und mehr jenen überlassen, die dort leben.

Die Vorbereitung des Krieges bei uns verursacht dort eine Art Krieg, welcher vielen Menschen das Leben kostet. Mit den 10 Milliarden Franken, welche jährlich in der Schweiz für die militärische Gesamtverteidigung ausgegeben werden, könnte die Nahrung für 10 Millionen Menschen beschafft werden: das sind ein Drittel all jener Menschen, die jährlich auf der Welt sterben müssen, weil sie zu wenig zu essen haben. Insofern wäre die Abschaffung der Schweizer Armee durchaus auch ein Beitrag zu mehr Frieden auf der Welt.

7. So paradox dies auf den ersten Blick erscheinen mag: Kleinere Staaten haben in Europa eine viel grössere Freiheit als grössere, die Konsequenzen aus dieser Chance, diesem Umdenken sowie diesem «neuen friedenspolitischen Denken» zu ziehen und entsprechend zu handeln. Gerade weil

sie klein sind, keine globalstrategischen Verschiebungen bewirken können und würden, könnten sie daraus eine eigene Qualität entwickeln.

Unter den Kleinstaaten wäre die Schweiz zudem aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Ansprüche und ihrer traditionellen Wahrnehmung durch andere Nationen prädestiniert, neue Wege zu gehen. Eine andere Friedenspolitik wäre auch dann sinnvoll, wenn andere uns nicht sofort folgen können.

Die unmittelbare Wirkung der Abschaffung der Schweizer Armee auf andere Staaten überschätzt keine/r der Befürworter/-innen der «Schweiz ohne Armee». Wir müssen allerdings auch keine Angst davor haben, plötzlich zur friedenspolitischen Avantgarde Europas zu werden. Vielmehr müsste es uns doch ängstigen, das Museum der Gewalt und des Militarismus in Europa zu werden: Militarismus im Sinne der Schweizer Innenpolitik der letzten 40 Jahre, welche der Armee einen absolut prioritären Stellenwert einräumte und ihr alle anderen Anliegen unterordnete. Der Erfolg der Rothenthurm-Initiative war ein Zeichen dafür, dass die Mehrheit des Schweizervolkes diese Prioritätenordnung nicht länger akzeptiert.

B) Schweizerisch innenpolitische Thesen

8. Die Bedeutung der Schweizer Armee ist primär und im Unterschied zu ihrer verfassungsmässigen und politischen Rechtfertigung eine innenpolitische. Sie schreckt keinen äusseren Feind ab, sondern dient vielmehr der Disziplinierung der Landsleute. Die Schweizer Armee ist vor allem eine grosse Erziehungsanstalt. Sie pflanzt aber den Schweizern/-innen gerade jene Werte ein, die wir für eine sozialdemokratische Zukunft am wenigsten gebrauchen können: Konkurrenz statt Solidarität, Wettbewerb statt Zusammengehörigkeit, Hierar-

chie statt Chancengleichheit, Kampf statt Sensibilität, Brutalität statt Sanftheit. Auf diesem Boden haben es Sozialdemokraten/-innen schwer. So lange solche «Schulen der Nation» wirken, können wir in der Schweiz keine solidarische Gesellschaft aufbauen.

9. Es ist sowohl Ausdruck dieser «Erziehung» als auch gleichzeitig die grösste Beleidigung gegenüber dem Schweizervolk, wenn der Bundesrat meint, die Schweiz hätte nicht nur eine Armee, sondern sei schlicht eine. Schade, dass auch SP-Bundesräte eine solche Landesbeleidigung mit unterschrieben haben; hier haben sie die Chance verpasst, das wesentlich andere unseres sozialdemokratischen Gesellschaftsprojektes herauszuarbeiten und darauf aufmerksam zu machen.

10. Es ist ein höchst bemerkenswertes und bedenkenswertes helvetisches Paradox, dass unsere zivile Gesellschaft derart durchorganisiert, durchrationalisiert, ja geradezu «militarisiert» ist, dass viele Männer das, was ursprünglich die zivile Lebensfreude und Lebenslust ausmachte, nur noch in der Milizarmee glauben finden zu können. Dort gibt es noch den Schlendrian, die Freiräume, die Naturerlebnisse, die Fotzeleien und Gemeinschaftserfahrungen, die sich der schweizerische Arbeitsalltag nicht mehr glaubt leisten zu können und die viele bewusst oder unbewusst täglich vermissen.

Wie traurig muss doch der Alltag vieler sein, dass so viele die drei WK-Wochen als willkommene Abwechslung erleben? Diese Frage diskutieren zu können gehört zum Spannendsten im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Schweiz ohne Armee». Sie erlaubt uns die stimulierende Thematisierung eines anderen Tabus, des Arbeitsalltages, welcher so viele Schweizer/-innen mit einem so falschen Bewusstsein prägt.

11. Wirtschaftlich hat die Schweiz

gute Voraussetzungen zur Entmilitarisierung. In wenigen Staaten sind die wirtschaftlichen Strukturverhältnisse (viele Betriebe mit kleinen Rüstungsanteilen statt einige wenige grosse Rüstungsfabriken, viel Import, wenig wirklich helvetische Waffenschmieden) derart günstig für einen Abbau der Armee.

Zumal nach der Abschaffung der Armee so viel Geld zur Verfügung steht, dass niemandes Existenz bedroht ist, wenn wir dies politisch nicht wollen.

12. Völkerrechtlich ist die Schweiz völlig souverän, das zu tun, was sie für richtig hält. Niemand zwingt uns eine Armee auf. Das alte Völkerrecht besagt nur, dass Neutrale ihr Territorium gegen Angriffe von aussen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln schützen sollten. Wenn neutrale Staaten eine Armee haben, müssen sie sie zur Verteidigung auch einsetzen. Doch sagt das Völkerrecht nichts aus über die Mittel, die ein neutraler Staat sich beschaffen muss. Es zwingt ihm keine Armee auf. Er könnte es auch anders versuchen, wenn er will.

Im 19. Jahrhundert haben offenbar einige Staaten von den Neutralen sogar erwartet, dass sie zum eigenen Schutz andere als militärische Massnahmen vorkehren.

Im übrigen ist das geltende Völkerrecht bezüglich neutraler Staaten noch sehr einem konservativen Geist des 19. Jahrhunderts verhaftet und müsste im Lichte der Erkenntnisse des Atomzeitalters überdacht und weiterentwickelt werden.

13. Mit der Abschaffung der Armee und mit den so gewonnenen Ressourcen hätte die Schweiz die einmalige Chance, zum Abbau eines der grössten Skandale unserer Zeit beizutragen. Anders als ein Skandal lässt sich das Hungern von Millionen von Menschen auf der gleichen Welt, in der andere Menschen so viel Ressourcen verschleudern, nicht be-

zeichnen. In dem sie zum Abbau der globalen Ungerechtigkeiten verwendet, was sie bisher für Militär und Rüstung ausgegeben hat, würde die Schweiz ihrem eigenen Selbstverständnis auf einmal wirklich näherkommen.

14. Die Chance der Armeeschaffung wäre nicht nur die Reinigung der helvetisch politischen Stickluft, sondern auch die Einführung echter Möglichkeiten, im «In- und Ausland» einen zivilen und sozialen Dienst im Interesse von uns allen leisten zu können. Dies, das ist vielen Initianten/-innen der «umfassenden Friedenspolitik» wichtig, auf freiwilliger Basis, jedoch mit einem staatlichen Lohn und der Gutschrift eines Bildungsbons in der Länge der der friedlichen Weltinnenpolitik zur Verfügung gestellten Lebenszeit. Dieser soziale und zivile Effort im Allgemeininteresse hätte seelisch und geistig einen Gewinn von unabschätzbarem Wert für Hunderttausende von jüngeren und älteren Menschen in der Schweiz und anderswo zur Folge. Gleichzeitig bekäme die Schweiz für die Völkergemeinschaft einen Sinn und einen Wert, wie sie ihn nach der Gründung der Eidgenossenschaft als Fluchtstätte von politisch Verfolgten aus aller Welt suchte und im Laufe des 20. Jahrhunderts verlor.

Dies ist nur einer von vielen Dutzend Reformvorschlägen, welche die GSoA zur Konkretisierung des zweiten Teils der Initiative, der «umfassenden Friedenspolitik», entwickelt hat. Sozialdemokraten/-innen könnten dazu aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen noch weitere Beiträge leisten.

C) Spezifisch sozialdemokratische Argumente zur Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung in der Schweiz

15. Die Sozialdemokraten/-innen sind jene, welche ihre Politik bisher am weitsichtigsten, mutigsten und konsequentesten am

Wohl der vielen kleinen Leute inner- und ausserhalb der Schweiz orientiert haben. Um diesen Mut, diese Weitsicht und diese Konsequenz müssen wir uns auch friedenspolitisch bemühen und uns inhaltlich auf die Höhe der Zeit begeben. Wenn wir wirklich der in den vorangegangenen Thesen dargelegten Überzeugung sind, müssen wir auch politisch dazu stehen und die entsprechenden Weichen stellen. Auch wir können und müssen einen Beitrag leisten zum Abbau der Gewalttätigkeit, wollen wir nicht selber zu Opfern der Gewalt werden.

16. Wir vertreten ein Politikverständnis, das den Problemen auf den Grund zu gehen sucht und jene Lösungen umsetzen will, welche die Probleme wirklich überwinden können. Wir möchten dies auch hier tun und die Menschen dafür gewinnen und mobilisieren – selbst wenn dies unbequem sein mag. Dies als wesentliche Voraussetzung zur Verwirklichung eines neuen politischen Denkens und Handelns.

17. Eine glaubwürdige, kritische und für kritisch mitdenkende und handelnde Menschen attraktive SPS kann nicht nur jene Alternativen und Problemlösungen akzeptieren, welche mit der herrschenden Konkordanz in der schweizerischen Politik vereinbar sind. Wir müssen offen sagen und dafür Überzeugungsarbeit leisten, was sachlich aus unserer Sicht richtig ist. Es kann nicht sein, dass politisch für uns falsch ist, was viele Sozialdemokraten/-innen sachlich als richtig erachten.

18. Wer glaubt, dass wir mit einem so begriffenen Politikverständnis als SPS unseren Wählerinnen- und Wähleranteil nicht im gewünschten Mass ausbauen könnten, dass wir sogar keine «Volkspartei» mehr bleiben würden, unterschätzt unseres Erachtens unsere jetzigen und potentiellen Wähler/-innen. Wir dürfen davon ausgehen, dass vor allem jene Menschen der SPS Sym-

pathien entgegenbringen, welche selbständig denken und urteilen können. Diese verlangen aber von uns, dass wir zu unseren Überzeugungen stehen und nicht anders reden als wir denken.

19. Diese Volksinitiative ist die Chance für die SPS, ein zukunfts-trächtiges politisches Profil zu entwickeln. Sie erlaubt uns auch, friedenspolitisch den Schritt ins 21. Jahrhundert vorzubereiten. Die Initiative deutet auch darauf hin, wo neue Mehrheiten aufgebaut werden können. Wer will sonst jene Viertelmillion Bürger/-innen vertreten in den Parlamenten, welche auf den Strassen und Plätzen der Schweiz beim Unterschriftensammeln mündlich und/oder schriftlich ihr Einverständnis mit der Abschaffung der Armee bekundet hatten? Gerade weil heute noch nicht alle Bürger/-innen von der Schweiz ohne Armee überzeugt sind, kann sich die SPS dafür einsetzen. Es gehört zu unserer politischen Identität, kritische Fragen zu stellen und die Menschen für jene Antworten zu überzeugen, die uns richtig erscheinen.

20. Selbstverständlich setzt die Abschaffung der Armee einen relativ breiten Konsens in der Bevölkerung voraus. Doch ein solcher neuer Konsens bildet sich nicht von selber, er muss erarbeitet werden. Wir müssen heute mit seinem Aufbau beginnen. So werden wir in Zukunft einen neuen Konsens finden, der uns erlaubt, die jetzigen und künftigen Herausforderungen wirklich zu bestehen. Ein neuer Konsens schafft auch für eine alte Oppositionsbewegung neue Handlungsmöglichkeiten, wenn sie an dessen Aufbau mitgewirkt hat.

21. Wenn die Schweizer Armee nicht die schlimmste aller Armeen ist, heisst dies noch lange nicht, dass sie an sich nicht schlimm ist und dass es uns ohne sie nicht viel besser gehen könnte. Gerade weil wir keine Berufsarmee haben und in einer Demokratie leben, können wir sie auch



Nach 26 Jahren und im achten Anlauf haben die Baselbieter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit dem kantonalen Parteipräsidenten Peter Schmid den zweiten Sitz in der fünfköpfigen Exekutive mit einem Sieg über den FDP-Kandidaten Nordmann zurückerobert. Die drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP sind damit nur noch mit je einem Sitz in der Regierung vertreten.

abschaffen wollen und Entsprechendes unternehmen.

Die Emanzipation der Menschen von der Gewalt im allgemeinen und von der Armee als gewalttätigem Instrument im besonderen ist eine kulturelle Leistung von epochaler Grösse. Gerade dort, wo in dieser Perspektive schon Leistungen vollbracht worden sind, können weitere Schritte vorbereitet, ermutigt und schliesslich auch getan werden.

Die Tabuisierung der Armee in der Nachkriegszeit war eine Folge der «kollektiven Lebenslüge» (Hans Saner), wonach allein die Armee und nicht auch die wirtschaftliche Kollaboration mit den Nazis (Produktion für die deutsche Kriegswirtschaft, gesicherte NS-Transit-Wege, Wäscherei von Raubgold aus ganz Nazi-Europa) und die Abweisung von 15 000 dem Tod geweihten Juden an den Schweizer Grenzen verantwortlich dafür gewesen wäre, dass die

Schweiz nicht zum Kriegsschauplatz geworden war.

Diese helvetische Lebenslüge und diese Tabuisierung dürfen jetzt nicht zu einem neuen Mythos führen, wonach wir Schweizer friedliebender wären als andere und unsere Armee weniger kriegerischen Zwecken diene als andere Armeen. Gerade die Sozialdemokratie kann der Schweiz helfen, ihre eigene Geschichte der Gewalt weder zu verdrängen noch zu verherrlichen, sondern eine neue Perspektive zu eröffnen, in der die Gewalt sukzessive abgebaut wird. Nichts anderes will eine umfassende Friedenspolitik.

22. Jeder Mensch, sei dies einzeln, in einer Gruppe oder als Teil einer Nation, kann etwas in der ihm und ihr richtig scheinenden Richtung tun. Unsere territoriale Kleinheit ist kein Hindernis dafür, politisch konsequent zu handeln. Im Gegenteil, die

Kleinheit der Schweiz ist ihre Chance, friedenspolitisch etwas anstossen und in Bewegung setzen zu können, ohne zu stören. 23. Friedenspolitisch hat die SPS heute in der Schweiz nicht viel zu verlieren. Besonders die Sozialdemokraten/-innen haben in den vergangenen 40 Jahren immer wieder die Erfahrung machen können, dass viele kleine friedensfördernde Reformbegehren vom Waffenausfuhrverbot bis zur Einführung des Zivildienstes und der Schaffung eines kritischen Friedensforschungsinstitutes durch arrogante bürgerliche Mehrheiten in den eidgenössischen Räten extremisiert und abgeschmettert worden sind. Diese Erfahrung ermutigt uns, ein anderes politisches Vorgehen zu wählen – zumal dies uns auch sachlich angebracht erscheint –, damit in absehbarer Zeit auch kleinere friedensfördernde Refor-

men möglich werden. Diese neue Taktik mit den damit verbundenen Grundsatzdiskussionen ist auch unmittelbar politisch fruchtbar. Dies haben die guten Ergebnisse der Rüstungsreferendums- und Rothenthurm-Initiativen gezeigt. Gerade weil es während der letzten fünf Jahre immer üblicher geworden ist, grundsätzlich über die Armee zu sprechen und sie in Frage zu stellen, können mit dem Vorwurf der «Armeefeindlichkeit» auch nur noch wenige so erschreckt werden wie früher.

24. Die SPS muss ein inspirierender Teil der Reformbewegungen in der Schweiz bleiben. Sie muss ihnen nicht unbedingt an der Spitze vorangehen – das hat ihr auf diesem Gebiet ja die GSoA mit der Sammlung von 111 300 Unterschriften auch abgenommen. Doch einmal in Gang gekommen, darf sich die SPS, wenn sie ihren eigenen Utopien und ih-

rem emanzipativen Politikverständnis treu bleiben will, den Reformprozessen nicht verschliessen, sondern muss sich unter sie mischen und sich mit ihren Erfahrungen und Perspektiven einbringen.

25. Wir Sozialdemokraten/-innen haben in der Schweiz eine besondere, kritische – «denkankstössige» – Aufgabe zu übernehmen. Packen wir sie auch in diesem Fall an. Friedenspolitik heisst nicht, den Konflikten aus dem Wege zu gehen, die als Frucht politischer Freiheit notwendig sind. Friedenspolitik bewirkt, diese Konflikte möglichst gewaltfrei und ohne Verletzung austragen zu können. Zeigen wir, dass wir dies auch in unserer eigenen Partei zu verwirklichen vermögen. So werden wir stärker und wachsen an den wesentlichen Aufgaben dieser Zeit.

Die SPD diskutiert ein neues Grundsatzprogramm

Arbeit – Wirtschaft – Ökologie

Zwei Kapitel aus dem Programmentwurf

Die SPD erstrebt eine «solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichen ohne Klassenvorrechte». So steht es im zweiten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, der von einer Kommission unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel erarbeitet worden ist. Die beiden Abschnitte über «notwendige Arbeit und freie Tätigkeit» sowie über «ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften» waren in der Kommission lange umstritten. Der (Partei-)Öffentlichkeit sind sie bisher nur auszugsweise bekanntgeworden. Der nachfolgende Text ist eine unredigierte Fassung.

Die Bedeutung der Arbeit

Arbeit ist eine Existenzbedingung der Menschen. Durch

Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben benötigen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind die Quellen des Reichtums.

Wieviel Arbeit zu leisten ist, wie sie organisiert und verteilt wird, ist abhängig von der Entwicklung der Produktivkräfte, von kulturellen Traditionen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Teilung der Arbeit, Umfang der Arbeitszeit, Aufteilung von Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, Gemeinschaftsarbeit und freie Eigenarbeit bleiben deshalb in der Verfügung der Menschen und sind politisch gestaltbar. Jede dieser Formen schafft Werte,

kann Menschen ausfüllen und bereichern, aber auch Entfremdung und Leid zufügen. Jede dieser Formen ist auf die anderen angewiesen. Alle zusammen bestimmen unsere Lebensqualität. Arbeitsfreude und Arbeitsleid waren stets Bestandteile des menschlichen Lebens. Arbeitsfreude dient der Lebensfreude und der Selbstverwirklichung. Im gestaltenden Umgang mit Stoff, Werkzeug und Maschine, beim Entwerfen, Planen und Organisieren, beim Leisten von Diensten, in Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Menschen in der Gesellschaft, in Betrieben und im Haushalt entwickeln Menschen ihre Persönlichkeit. Arbeitsleid entsteht aus übergrossen Belastungen oder Unterforderungen, aus Unter-

drückung und Entfremdung in der Arbeit, Arbeitsleid kann auch Folge inhumaner Arbeitsteilung oder gesellschaftlich isolierter Arbeit sein.

Die Geschichte der gesellschaftlichen Arbeit ist zugleich Geschichte der Technik. Technik ermöglicht Reichtum und menschliches Wohlbefinden, sie kann Arbeit erleichtern. Ihre gesellschaftliche Anwendung hat jedoch auch Armut, Abhängigkeit und Entfremdung bei denen erzeugt, die kaum mehr besitzen als ihre Arbeitskraft. Verantwortungslose oder unbedachte Anwendung der Technik hat zu einer bisher nicht dagewesenen Verschwendung von Ressourcen und zu einer Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen geführt.

Unsere Zukunft wird massgeblich dadurch bestimmt, wie wir künftig arbeiten. Bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte, aber gesellschaftlich ebenso notwendige Arbeit in der Familie werden von unserer Gesellschaft nicht gleich verteilt und bewertet. Das hat zu unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, zu unterschiedlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Geschlechter geführt. Die Erwerbsarbeit hat zentrale Bedeutung für das Bewusstsein und Selbstbewusstsein der Menschen. Sie vermittelt Selbständigkeit und soziale Anerkennung, bestimmt Lebensbedingungen und Entfaltungschancen, erleichtert gesellschaftliches und politisches Engagement, sichert materielle Unabhängigkeit. Wir wollen die Ungleichbewertung der verschiedenen Formen der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten überwinden und die verschiedenen Arbeiten zwischen Männern und Frauen gleich verteilen. Wer Familien- und Gemeinschaftsarbeit leistet, darf im Erwerbsleben nicht benachteiligt werden.

Der gesellschaftliche Reichtum, den wir durch hochproduktive menschliche Arbeit erreichen, macht drastische Verkürzungen

der Erwerbsarbeitszeit möglich und erweitert die Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Damit können alte sozialdemokratische Ziele Wirklichkeit werden:

- allgemeiner Wohlstand und soziale Sicherheit,
- gerechte Verteilung der Arbeits- und Lebenschancen,
- Umverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Mann und Frau,
- Bildung und Weiterbildung für alle,
- Erweiterung der Freizeit und Musse,
- mehr Zeit für Familien- und Privatleben sowie Gemeinschaftsarbeit,
- Selbstverwirklichung in der Arbeit,
- Verbesserung der Qualität der Arbeit,
- Ausbau von alternativen Organisationsformen der Arbeit,
- Ausbau der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft.

Strukturwandel der Erwerbsarbeit

Wir befinden uns in einer neuen Phase des Strukturwandels der Arbeit. Eine der Ursachen ist die technische Entwicklung, die tiefgreifender ist als alle vergleichbaren Änderungen in diesem Jahrhundert. Dieser Wandel erfasst alle Formen der Arbeit. In der Erwerbsarbeit ist Kennzeichen dieser Entwicklung die flexible Automatisierung in Produktion, Dienstleistung und Verwaltung, die Entwicklung und Anwendung von Bio- und Gentechnik sowie die massenhafte Verbreitung neuer Werkstoffe, Produkte, Verfahren und Dienste.

Durch diese Entwicklung verändert sich die menschliche Arbeit. Der Anteil geistiger Arbeit nimmt zu. Die Menschen werden in der Zukunft viel stärker als bisher sich informieren und Neues lernen, planen und entwickeln, Prozesse steuern und überwa-

chen sowie Fehler der Systeme entdecken und korrigieren. Neue anspruchsvolle Dienste werden notwendig.

Die wachsende Intensität und Produktivität der menschlichen Arbeit ermöglicht mehr Wohlstand und Freizeit. Sie kann zu Arbeitslosigkeit führen. Sie bringt auch neue körperliche und die Verstärkung geistig-psychischer Belastungen, erhöhte Anforderungen im Beruf und den Zwang mit sich, ständig neu und umzulernen. Es entstehen neue Risiken und Gefahren aus der Arbeitsumwelt.

Risiken für die Arbeitenden

Angesichts des Ausmasses und der Dauer dieser Umwälzungen ist eines klar: Ohne eine neue Politik der Arbeit wird Massenarbeitslosigkeit eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme für die nächsten Jahrzehnte bleiben. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen steigt, ältere Menschen, gering qualifizierte Frauen und Jugendliche sowie Ausländer werden zunehmend aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert. Ungeschützte Arbeitsverhältnisse nehmen zu.

Diese Entwicklung führt zu einer unerträglichen Polarisierung der Lebensverhältnisse. Eine Spaltung unseres Landes in wohlhabende und verarmte Regionen droht. Die Konkurrenz unter den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen verschärft sich. Solidarität wird erschwert. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft nimmt zu: Es wird zunehmend weniger wichtig, was jemand zu leisten bereit ist und wie gut jemand qualifiziert ist, sondern wann man geboren ist, ob man als Mann oder Frau, als Deutscher oder Ausländer zur Welt kam, ob man im Norden oder Süden der Bundesrepublik, auf dem Land oder in den Ballungsräumen lebt.

Zu den wenigen klar voraussehbaren Entwicklungen gehört de

Bevölkerungswandel. Nicht nur die Zahl der Rentner nimmt zu, auch das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen wird steigen. Angesichts des Reichtums unserer Gesellschaft, angesichts der vielen unerledigten Aufgaben von Arbeits- und Umweltschutz, Gesundheitsversorgung, Stadterneuerung und Regionalentwicklung, angesichts des ungeheuren Bedarfs an Aus- und Weiterbildung, an sozialer Betreuung und Altenpflege zeigt Massenarbeitslosigkeit ein politisches Versagen, das auf Dauer Demokratie gefährdet.

Für eine neue Politik der Arbeit

Unserer Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus. Kapital und vernachlässigte Bedürfnisse sind reichlich vorhanden. Es ist die Aufgabe eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates, für Vollbeschäftigung für alle Männer und Frauen zu sorgen. Arbeitslosigkeit ist kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern ein gesellschaftlich verursachtes Massenphänomen. Marktwirtschaft allein, so leistungsfähig und effizient sie in der Produktion und Verteilung ist, kann die volle Beschäftigung all jener Menschen, die arbeiten wollen, nicht sichern.

Je länger die Krise andauert, je schwerer die ökonomischen und sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auf den Völkern lastet, desto mehr nehmen Versuche zu, durch Protektionismus der eigenen Wirtschaft Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen.

Sozialdemokraten halten deswegen einen gemeinsamen solidarischen Kampf der betroffenen Staaten gegen Massenarbeitslosigkeit für unabdingbar. Eine solche internationale Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird edoch nur dann wirksam, wenn auch wir bereit sind, eine wirksame Beschäftigungspolitik auch national in Gang zu setzen.

Notwendig ist eine wirtschaftlich und sozial vernünftige Kombination wirksamer Massnahmen, die – sinnvolle, dauerhafte Beschäftigung für alle schafft,
– Umweltprobleme – insbesondere den Energieverbrauch – ernsthaft, massiv, wirksam und schnell angeht,
– den rücksichtslosen Verschleiss der Gesundheit mindert,
– die Bundesrepublik als Industriestandort international wettbewerbsfähig erhält,
– Wissen, Einsatzbereitschaft und Kreativität der Menschen fördert und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft sichert.

Vielen Menschen fehlt es noch am Lebensnotwendigen. Eine gerechtere Einkommensverteilung schafft Nachfrage und damit Arbeitsplätze.

Ökologische Erneuerung erfordert und schafft zusätzliche Arbeit. Dies gilt für die Aufarbeitung von Altlasten wie für die Umweltvorsorge, für naturgerechte Landwirtschaft, Umbau des Verkehrswesens und des Energiesystems. Wo Energie gespart, Energieversorgung dezentralisiert, Müll wieder aufgearbeitet, umweltschädliche Güter durch umweltfreundliche ersetzt werden, entsteht Arbeit. Städte und Dörfer müssen erneuert, Wohnungen modernisiert, Nahverkehrssysteme ausgebaut, Kulturschätze erhalten werden.

Die Nachfrage nach öffentlich finanzierten Diensten ist gross und wächst. Bildung, Weiterbildung, Forschung und Wissenschaft brauchen Menschen, Kinder müssen betreut, Jugendarbeit geleistet, Kranke und immer mehr Alte gepflegt, Ausländer und ihre Kinder eingegliedert, Behinderte betreut und integriert, Suchtkranke geheilt, psychisch Gefährdete begleitet, Straffällige resozialisiert, Hilfe zur Selbsthilfe organisiert werden. Die sozialen Dienste müssen zu einem flächendeckenden Netz ambulanter und

stationärer Hilfen verbunden werden.

Arbeitszeitverkürzung – Vollbeschäftigung – Zeitsouveränität

Steigerung der Produktivität verringert zunehmend den Umfang notwendiger Erwerbsarbeit. Wir wollen diese Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit nutzen. Kürzere Arbeitszeiten sind erst recht nötig, wenn Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern zugänglich werden soll. Soll die partnerschaftliche Teilung der häuslichen Arbeit gelingen, muss die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Daher streben wir den sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an. Bei kürzerer Regelarbeitszeit wird gerechte Einkommensverteilung noch wichtiger. Löhne und Gehälter sollten daher nach Einkommensgruppen differenziert erhöht werden. Kürzere Arbeitszeit bedeutet nicht automatisch kürzere Maschinenlaufzeit. Zu mehr Zeitsouveränität führt Flexibilisierung aber nur, wenn sie arbeitnehmerorientiert und kollektiv abgesichert ist. Dabei ist auf Arbeitsrhythmen zu achten, die der Gesundheit, der persönlichen Leistungsfähigkeit und sozialen Beziehungen zuträglich sind. Der Samstag soll nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen geleistet werden. Die Nachtarbeit wollen wir, weil sie gesundheitsschädlich ist, auf Ausnahmefälle beschränken. Überstunden sind gesetzlich zu begrenzen. Arbeitsverhältnisse sollen auch materiell so ausgestattet werden, dass den lohnabhängig Beschäftigten eine verlässliche Lebensplanung ermöglicht wird. Alle sollen die Möglichkeit bekommen, Erwerbsarbeit zu reduzieren oder zu unterbrechen,
– um sich der Kindererziehung zu widmen,
– um sich weiterzubilden, z. B. in einem Weiterbildungsjahr,

- um Alte, Kranke oder Behinderte zu pflegen,
- um gleitend in den Ruhestand überzugehen.

Für diese Zeiten werden wir den Anspruch auf Erhalt des Arbeitsplatzes und die soziale Sicherung rechtlich absichern. Wir werden Modelle zur Finanzierung dieser Zeiten erarbeiten und gemeinsam mit den Tarifparteien durchsetzen. Ausserdem wollen wir die arbeitsrechtliche Möglichkeit für ein Sabbat-Jahr schaffen. Ungeschätzte Arbeitsverhältnisse darf es nicht geben. Leiharbeit ist zu verbieten.

Für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt

Unsere Forderungen für die Erwerbsarbeit sind Humanisierung, Qualifizierung und Demokratisierung. Die drei Aufgaben sind ineinander verflochten, sie bedingen und stützen einander.

Die Humanisierung der Arbeitswelt soll auf jedem Entwicklungsstand der Technik, bei den sozialen und betrieblichen Organisationsformen und für steigende Anspruchsniveaus menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleisten.

Humanisierung der Arbeit erfordert, neue menschengerechte Entwicklungen von Technik und Organisation zu fördern.

Eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt muss zunächst sicherstellen, dass die Menschen nicht durch gesundheitsbelastende Arbeitsbedingungen verschlissen werden. Schädliche Arbeitsstoffe, Lärm, Hitze, Gase und Staub, aber auch jede Technik, die Monotonie und nervliche Belastung steigert, Kontrolle und Entfremdung verschärft und Eigenverantwortlichkeit mindert, können nicht mehr hingenommen werden. Hierzu sind eine Erneuerung des Arbeitsschutzes und Gesundheitsschutzes, aber auch die Entwicklung und Anwendung menschengerecht gestalteter Arbeitstechno-

logien erforderlich. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen bei der menschengerechten Gestaltung der Arbeit mitbestimmen. Das setzt voraus, dass sie auch an der Feststellung von Defiziten beteiligt sind.

Eine Neugestaltung der Arbeitswelt setzt darüber hinaus bei den kreativen und organisatorischen, fachlichen und sozialen Fähigkeiten der Menschen an. Die Menschen brauchen sinnvolle Arbeitsinhalte, ausgeweitete Handlung- und Dispositionsspielräume, erhöhte Autonomie sowie verstärkte Mitbestimmung und Beteiligung.

Neue Technik macht neue Formen der Arbeitsorganisation möglich. Sie können zur Überwindung von Zerstückelung und Monotonie der Arbeit führen. Dies ist nicht nur menschengerecht, moderne Arbeitsorganisation wird auch effektiver, wenn an die Stelle von Befehl und Anweisung partnerschaftliche Zusammenarbeit tritt.

Wo technische Innovation Arbeit in hierarchischen Zwängen überflüssig oder überwindbar, dafür die Dezentralisierung und Demokratisierung der Arbeit in Betrieben möglich macht, muss die Chance genutzt werden. Erwerbsarbeit, die an vielen Stellen Fremdbestimmung durch gemeinschaftliche und individuelle Gestaltung ersetzt, ist keine Utopie mehr.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen darüber bestimmen, welche Arbeit, mit welcher Zielsetzung, in welchen Organisationsformen, zu welchen Zeiten geleistet werden soll.

Eine solche Verbesserung der Qualität der Arbeit ist nur möglich durch verbesserte Qualifikationen. Deswegen muss jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin ein lebenslanges Recht auf Aus- und Weiterbildung in der Erwerbsarbeitszeit haben. Der Anspruch auf Bildungsurlaub muss erweitert und gesetzlich abgesichert werden.

Reise-Nachrichten

Dass zwei Beamte des Bundesamtes für Strassenbau zur Eröffnung eines Strassentunnels in Südafrika eine private Reise buchen, mag zwar politisch geschmacklos sein, ist aber an sich noch kein Verstoß gegen Art. 12 der Bundesverfassung (Verbot der Annahme von Geschenken durch Behördenmitglieder). Dass die beiden Chefbeamten wohl während ihrer Ferien, aber dennoch auf Kosten Südafrikas ans Kap jetten, nachdem ihnen Ogi die Reise in offizieller Mission untersagt hat, verstösst allerdings gegen das Verbot der Annahme von Geschenken und macht deshalb eine administrative Untersuchung gegen die beiden Beamten unumgänglich. Ob als privates Geschenk oder Beamten Geschenk deklariert, was soll der Unterschied? Denn man kann es drehen, wie man will, Tatsache bleibt: Zwei Beamte haben von einer ausländischen staatlichen Behörde ein Geschenk erhalten, weil sie im Bundesamt für Strassenbau führende Funktionen ausüben. Dass es daran keinen Zweifel gibt, beweist Strassenbauchef Suter gleich eigenhändig: Auf amtlichem Papier und mit amtlicher Unterschrift versehen, bedankt er sich nach seiner Rückkehr für die guten und freundschaftlichen Beziehungen mit dem Apartheidstaat. Die GPK tut also gut daran, Ogi in diesem Fall auf die Finger zu klopfen und auch hier wieder zum Rechten zu sehen. (daguet)

Erwerbsarbeit entscheidet mit darüber, wie Menschen ihre Freizeit verbringen. Menschen, die Erwerbsarbeit auslaugt, abstumpft oder schädigt, können in ihrer freien Zeit nicht nachholen, was Erwerbsarbeit ihnen schuldig geblieben ist. Darum ist humane demokratisch organisierte Arbeit ausschlaggebend für ein menschenwürdiges Leben.

Demokratisierung zielt auf Befreiung in der Arbeit. Sie muss durch die Arbeitenden selbst verwirklicht werden. Ausweitung der Mitbestimmungskompetenzen soll endgültig aus Wirtschaftsuntertanen Wirtschaftsbürger machen.

Mitbestimmung ist auch nötig, wo über neue Möglichkeiten der Beschäftigung, die ökologische und soziale Verträglichkeit von Arbeitsplätzen, aber auch über Gegenstand, Ziel, Art und Inhalt der Arbeit zu entscheiden ist. Wir wollen für alle eine Erwerbsarbeit, die immer mehr von Fremdbestimmung befreit wird.

Familienarbeit

Kindererziehung und Familienarbeit machen unsere Gesellschaft lebensfähig. Sie fordern Menschen, können sie aber auch genau wie die Erwerbsarbeit überfordern. Sie müssen gesellschaftlich anerkannt und sozial abgesichert werden. Humanisierte, verkürzte und angemessen verteilte Erwerbsarbeit kommt auch der Familienarbeit zugute. Wie die Erwerbsarbeit, so ist auch die Familienarbeit Aufgabe beider Geschlechter.

Erziehungs- und Pflegezeiten sind in der Altersversorgung anzurechnen. In den ersten drei Lebensjahren eines Kindes müssen Vater und Mutter Anrecht auf bezahlten Elternurlaub bekommen. Wer zur Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, muss Anspruch auf Wiedereingliederung haben. Bei

Einstellungen und beruflichem Aufstieg sind Erziehungs- und Pflegezeiten zu berücksichtigen. Arbeitsplätze am Wohnort erhöhen die Lebensqualität. Sie sind zu erhalten oder neu zu schaffen. Familiengerechte Wohnungen, dezentrale Einkaufsmöglichkeiten und gemeinschaftliche Werkstätten erleichtern die Arbeit in Haus und Familie.

Freie Tätigkeiten und Musse

Noch immer ist selbstbestimmtes Arbeiten für viele nur ausserhalb der Erwerbsarbeit möglich. Auch künftig wird durch Arbeitszeitverkürzungen der Freiraum, eigenen Neigungen nachzugehen, grösser. Wir wollen die von notwendiger Arbeit freie Zeit nicht der Freizeitindustrie überlassen. Alle müssen die Chance bekommen, sich für Nachbarschaft oder

Umwelt, für gewerkschaftliche oder politische Aufgaben zu engagieren. Es muss für alle möglich werden, sich nach eigener Wahl kreativ zu beschäftigen, sich Musik, Literatur oder bildender Kunst zu widmen, Sport zu treiben, sich in Garten oder Werkstatt zu betätigen.

Kommunalpolitik und Bildungswesen müssen die Voraussetzungen dafür verbessern.

Menschliches Leben vollzieht sich im Rhythmus von Arbeit und Musse, Anspannung und Entspannung. Viele Menschen finden in Eigenarbeit Erholung und Lebensfreude. Zum menschlichen Leben gehören aber auch Musse, Spiel und Unterhaltung, Reisen und Wandern, Liebe und Geselligkeit, Traum und Besinnung. Verkürzung der Arbeitszeit wird den Raum auch dafür erweitern.

Ökologisch verantwortliches Wirtschaften

Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen. Es soll alle Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgen, das Recht auf Arbeit gewährleisten, natürliche Lebensgrundlagen schonen und sichern. Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.

Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen geschieht in modernen, demokratisch verfassten Industriegesellschaften in einer gemischten Wirtschaft, in der Wettbewerb und staatliches Handeln zusammenwirken. Dieses System hat sich als überaus leistungsfähig und allen Formen zentraler Verwaltungswirtschaft prinzipiell überlegen erwiesen.

Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Diese Verbindung hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung

konstituiert, mit unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungleicher Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen.

Demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht des Kapitals verlangt einen handlungsfähigen Staat, starke Gewerkschaften und Mitbestimmung.

Eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen machen Tarifautonomie, staatliche Steuer- und Sozialpolitik und Vermögensbildung der Arbeitnehmer erforderlich.

Das Wettbewerbssystem ist ungeeignet, die Menschen mit Gemeinschaftsgütern und -leistungen zu versorgen. Die Bereitstellung von Infrastruktur und sozialen Diensten ist deshalb vor allem eine öffentliche Aufgabe.

Die Wettbewerbswirtschaft in Verbindung mit technischer Innovation hat zur Ausbeutung von Rohstoffen und zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundla-

gen geführt. Der Staat muss diesen ökologischen Gefährdungen entgegenwirken und umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren fördern.

Wettbewerb kann, ohne Leistungsfähigkeit einzubüssen, auf die Interessen des Gemeinwohls hin gelenkt werden, wenn es gelingt, Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen. Dies kann in westlichen Industrieländern durch staatliche Steuerung, gesellschaftlichen Konsens und die Gegenmacht von Gewerkschaften aufgebaut werden.

Internationale Verflechtung

Staatliche Rahmenseetzungen sind bisher fast nur im Nationalstaat wirksam geworden. Inzwischen setzt sich kapitalistische Ökonomie über nationale Grenzen hinweg. Multinationale Konzerne können dadurch Vorteile auf Kosten der Gesellschaft wahrnehmen und Verpflichtungen ausweichen.

Bei den meisten Industrieprodukten und vielen Dienstleistungen ist die Konkurrenz weltweit geworden. Wir wollen die Chancen der Bundesrepublik im weltweiten Wettbewerb wahren und für die Entwicklungsländer neue Chancen eröffnen. Daher dürfen wir uns nicht mit Schutzzöllen oder Einfuhrverboten abschotten.

Die Internationalisierung des Wettbewerbs führt zur Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen. Damit sie nicht zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führen, werden international verbindliche Regeln für soziale und ökologische Produktionsbedingungen nötig.

Noch mehr hat die Internationalisierung der Märkte für Kapital- und Geldanlagen die nationalen Möglichkeiten zur Steuerung der kapitalistischen Ökonomie vermindert. Währungsspekulation

führt zu dramatischen Schwankungen der Wechselkurse, zur Verfälschung des internationalen Wettbewerbs und zur Gefährdung von Industriestandorten. Durch die Internationalisierung der Märkte engen sich die Spielräume der nationalen Zins- und Geldpolitik ein, Konjunkturpolitik verliert an Wirkung.

Wo der Verlust nationaler Kompetenz nicht durch internationale Regeln ausgeglichen wird, gilt das Recht des Stärkeren. Alle Volkswirtschaften werden anfälliger für Krisen. Daher müssen die Möglichkeiten zur Steuerung der Wirtschaften durch internationale Kooperation und Rahmensetzung zurückgewonnen und erweitert werden. Dies bedeutet nicht, dass die nationalen Wirtschaftspolitiken aus ihrer Verantwortung entlassen werden können.

Gerechte und leistungsfähige Weltwirtschaftsordnung

Noch mehr als wir sind die Entwicklungsländer auf eine Neuordnung der Weltwirtschaft angewiesen. Sie leben in demütigender Abhängigkeit von den Banken, Börsen, Konzernen und Regierungen des Nordens. Auch im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, deren Bedingungen sie sich fügen müssen, dominieren westliche Industrieländer.

Um den Forderungen ihrer Gläubiger nachzukommen, aber auch aufgrund der Macht der herrschenden Eliten in den betreffenden Ländern, müssen Entwicklungsländer Massenelend verschärfen und durch Raubbau ihre Natur zerstören. Die Rodung tropischer Regenwälder, Verkarstung und Erosion von Gebirgslandschaften, die Ausdehnung der Wüsten beeinflussen das Klima der gesamten Erde. Es gibt ein gemeinsames Interesse aller Völker, die Weltwirtschaft nicht den ökonomisch Stärksten und Rücksichtslosesten zu überlassen.

Internationale Kontrollmechanismen müssen sicherstellen, dass sich das internationale operierende Kapital seiner sozialen und ökologischen Verantwortung und seiner Steuerpflicht nicht entzieht.

Wir sind für internationale Konventionen zum Schutz der Umwelt. Dazu gehören Abkommen zum Schutz des Waldbestandes, der Atmosphäre und der Meeresysteme. Wir wollen, dass die Antarktis vor ökonomischer Ausbeutung geschützt wird.

Es liegt im Interesse aller, dass die Entwicklung des Südens nicht durch Überschuldung oder gegen ihn gerichtete protektionistische Massnahmen abgewürgt wird. Den ärmsten Ländern müssen die Schulden erlassen werden. In anderen ist teilweiser Erlass bei gleichzeitiger Begrenzung des Schuldendienstes nötig.

Eine internationale Währungsordnung ist notwendig, um Währungsspekulation und schädliche Währungsschwankungen zu verringern. Diese Währungsordnung kann die notwendige Senkung der Zinsen und die Abstimmung zwischen der Geld- und Haushaltspolitik der Staaten erleichtern.

Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Schwankungen der Rohstoffpreise muss durch internationale Rohstoff-Fonds vermindert werden. Anreize für Überproduktion sind dabei um so eher zu vermeiden, je stärker die landwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf gefördert wird.

Der freie Welthandel muss durch sanktionsfähige internationale Regeln gesichert werden. Präferenzen, die nicht auf Gegenseitigkeit beruhen, können die Märkte der Industrieländer für Fertigwaren aus Entwicklungsländern öffnen und deren junge und schutzbedürftige Branchen vorübergehend absichern. Angemessene Entschuldung der Staaten des Südens und Neuordnung des Welthandels sind zwar notwen-

dig, sie allein lösen aber die Probleme des Südens nicht. Eine neue Weltwirtschaftsordnung wird nur dann sinnvoll sein, wenn durchgreifende Reformen der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen in den Gesellschaften des Südens den Weg in eine dauerhafte Entwicklung öffnen, die den Rückfall in erneute Verschuldung und einseitige ökonomische Abhängigkeit verhindert.

Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung lässt sich nicht aufbauen, ohne enge internationale Kooperation starker Gewerkschaften.

Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluss

Der Aufbau einer gerechten, demokratisch legitimierten Ordnung der Weltwirtschaft wird durch regionale Zusammenschlüsse gefördert. Wo Länder in Nord und Süd ihre Kräfte und Interessen bündeln und abstimmen, schaffen sie Bausteine für eine Weltwirtschaftsordnung.

Die Europäische Gemeinschaft eröffnet Handlungsspielräume. Sie bietet die Chance der Selbstbehauptung und Beeinflussung des Weltmarktes. Europa muss zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraum zusammenwachsen.

Die Europäische Gemeinschaft soll

- die Wirtschaftspolitik ihrer Mitglieder harmonisieren, den europäischen Binnenmarkt verwirklichen und eine europäische Währung schaffen;
- aktive Beschäftigungspolitik betreiben und regionale Ungleichgewichte abbauen;
- einen wirksamen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Mitgliedsländern der Gemeinschaft leisten;
- Sozialpolitik den gleichen Rang geben wie der Wirtschaftspolitik;
- beispielhafte soziale Errungenschaften einzelner Länder für die

ganze Gemeinschaft nutzbar machen;

– die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften durchsetzen;

– die europäische Wirtschaftsdemokratie verwirklichen, um ökonomischer Machtzusammenstellung entgegenzutreten;

– in Wissenschaft und Forschung die Kräfte aller Mitglieder zusammenfügen;

– ökologische Erneuerungen durch Steuern, Abgaben und strenge, verbindliche Normen zum Schutz der Umwelt fördern;

– durch Reform ihrer Agrarpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, Verbraucherinteressen und die bäuerliche Landwirtschaft sichern.

Nationale Verantwortung

Angesichts ihrer Wirtschaftskraft verfügt die Bundesrepublik über erhebliche nationale Handlungsspielräume. Je entschlossener wir sie nutzen, je klarer dabei unsere Ziele, desto stärker unser Einfluss auf internationale Entscheidungen. Wer nur auf europäische oder weltweite Regelungen wartet, wird auch sie nicht bekommen.

Wir wissen, dass manche unserer Vorstellungen nur noch europäisch oder gar weltweit voll zu verwirklichen sind. Dies wird aber nur gelingen, wenn wir da beginnen, wo wir unmittelbar Verantwortung tragen.

Ökologische Erneuerung

Ökologische Erneuerung ist zur Frage des Überlebens geworden. Die Krise der Umwelt ist weltweit. Indem wir sie national angehen, wollen wir das international Notwendige vorantreiben.

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist im Grundgesetz als Staatsziel festzuschreiben.

Wir werden gezwungen sein, Schäden zu reparieren. Vor allem aber wollen wir vorsorgen, Schäden verhindern, natürliche Kreis-

läufe schützen, Selbstheilungskräfte der Natur schützen. Das ist wirksamer und billiger.

Auf Dauer ist nichts ökonomisch vernünftig, was ökologisch unvernünftig wäre. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie, sondern eine Dimension verantwortlichen Wirtschaftens. Das ökologisch Notwendige muss Prinzip ökonomischen Handelns werden. Der Zwang zur ökologischen Erneuerung ist weltweit. Wenn wir rechtzeitig damit beginnen, nutzen wir unsere Chancen auf den Märkten der Zukunft und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Daher reicht ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft von der Produktidee über den Produktionsprozess bis zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung verbrauchter Rohstoffe. Sie erfordert eine ökologische Bewertung der eingesetzten Stoffe, Verbindungen und Verfahren. Sie umfasst alle Formen der Energiegewinnung und Energieumwandlung. Sie schließt die ökologische Erneuerung der chemischen Industrie, des Verkehrswesens und der Landwirtschaft ein.

Die ökologische Erneuerung hat klare Ziele:

– Altlasten zügig aufarbeiten und umweltschädliche Produkte, Produktionen und Verfahren durch umweltverträgliche ersetzen, technische Innovationen sind gezielt zu fördern;

– Umwelt nicht länger als «freies Gut» zu behandeln. Umweltverschmutzung muss für den Verursacher teurer werden als Umweltvorsorge;

– Umweltschutz muss an der Quelle ansetzen. Die Wiederverwertung der Rohstoffe wird zum obersten Prinzip;

– Umweltschutz darf nicht isoliert in die Einzelbereiche Luft, Wasser und Boden aufgeteilt werden. Die Natur ist in ihrem Gesamtsystem zu sehen.

Ökologische Rationalisierung zielt auf Einsparung von Rohstoffen und Energie, Wiederverwen-

dung von Abfällen, auf risikoarme Verfahren, haltbare und leicht reparierbare Produkte.

Es gibt keine ökologische Erneuerung ohne sparsamen und rationellen Umgang mit Energie. Wir wollen ihn durch Tarife, Preise, Steuern, Abgaben und Normen zum ökonomisch Gebotenen machen. Wir fördern Abwärmenutzung, Kraft-Wärme-Kopplung und dezentrale, insbesondere kommunale Energieversorgung, vor allem aber regenerierbare Energieträger: Ihnen gehört die Zukunft. Wir wollen so rasch wie möglich eine sichere, umweltfreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft erreichen. Plutoniumwirtschaft halten wir für einen Irrweg.

Zielstrebige Chemiepolitik muss durch Zulassungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen Risiken für Gesundheit und Natur mindern. Chemische Forschung und Entwicklung muss auf risikoarme Produkte und Produktionsweisen gerichtet sein.

Wir wollen modene Verkehrsträger, die ökonomisch wie ökologisch überzeugen. Die Wettbewerbsbedingungen wollen wir zugunsten der Verkehrsträger verändern, die weniger Energie brauchen und die Umwelt weniger belasten. Daher hat im Fernverkehr für Güter und Personen die Bahn Vorrang. Wir fördern den öffentlichen Personennahverkehr. Wir sind für gemeinsame Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den europäischen Autobahnen und Strassen.

Raumplanung muss den Verbrauch von Landschaft rasch eindämmen, gleichzeitig ökologisch gefährliche Verdichtung vermeiden. Restaurierung, Erhaltung und Umbau gehen vor Neubau. Umweltfreundliches Bauen ist zu fördern.

Unsere Landwirte müssen von dem ökonomischen Zwang befreit werden, durch den übermäßigen Einsatz von Chemie unverkäufliche Überschüsse zu produzieren, ihre Böden zu überfor-

dern, Luft und Grundwasser zu belasten.

Daher wollen wir ihnen die Pflege von Natur und Landschaft gesondert entgelten. Dafür wollen wir bei landwirtschaftlichen Produkten mehr Markt. Intensivierung der Bodennutzung soll sich weder lohnen noch nötig sein.

Der bäuerliche Familienbetrieb ist auch eine ökologisch angemessene Betriebsform. Wir werden durch flächenbezogene Obergrenzen für den Viehbestand unsere Bauern vor der Massentierhaltung der Agro-Industrie schützen. Naturgerechte Landwirtschaft muss sich lohnen. Auch bei Nahrungsmitteln geht es künftig mehr um die Qualität als um die Quantität. Die Chance gesunder Ernährung muss für alle gewährleistet sein.

Ökologische Erneuerung wollen wir, wo immer möglich, nicht durch administrative Einzelentscheidungen, sondern durch politische Rahmensetzung bewirken. Das ökologisch Schädliche muss teuer, das ökologisch Richtigerere muss das ökonomisch Vorteilhaftere werden. Dazu dienen Abgaben und Steuern auf der einen, finanzielle Anreize auf der anderen Seite. Energie muss teurer werden.

Wir brauchen, wie bisher, Gebote und Verbote, Grenzwerte und Genehmigungsvorbehalte, darüber hinaus die Umweltverträglichkeitsprüfung, ein schärferes Umweltstrafrecht und ein neues Haftungsrecht, das auch die Umkehr der Beweislast einführt.

Wir wollen die Verbandsklage einführen, die Stellung der Umweltschutzbeauftragten stärken und die Mitbestimmung in Fragen des Gesundheits- und Umweltschutzes ausweiten.

Fortschritt und Wachstum

Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Ökologische Erneuerung ist eine Politik ausgewählter Wachstumfelder. Wachsen muss, was natürliche Lebens-

grundlagen sichert, Lebensqualität erhöht, Lebens- und Zukunftschancen für alle eröffnet, Abhängigkeiten mindert und Selbstbestimmung fördert, schwere oder monotone Arbeit überflüssig macht, neue humane Arbeitsplätze schafft und kreative Eigenarbeit fördert. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.

Eine Politik ausgewählter Wachstumfelder muss die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen ernst nehmen. Je weniger für Grundbedarf ausgegeben werden muss, desto grösser werden Spielräume für Bildung, Kultur, soziale Zuwendung und sinnvolle Freizeit. Wachstum in diesen Bereichen werden wir fördern. Dynamische Wirtschaft vollzieht sich in dauerndem Strukturwandel. Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit und kann die Qualität der Arbeits- und Lebensbedingungen erhöhen. Wir wollen Strukturwandel fördern und ihn auf humane Arbeit und ökologische Erneuerung hin orientieren. Dadurch werden die volkswirtschaftlichen Folgelasten, auch für die öffentlichen Haushalte, gemindert.

Damit neue und humanere Arbeitsplätze geschaffen werden können, müssen sich marktwirtschaftlicher Strukturwandel und staatliche Strukturpolitik ergänzen. Die Regionalpolitik muss den Strukturwandel unterstützen.

Gestalten der Technik als politische Aufgabe

Technik ist in ihrer Wirkung auf Gesellschaft nicht neutral. Sie kann menschliches Leben erleichtern, aber auch Gesundheit und Leben gefährden. Von den technischen Systemen, die wir einsetzen, hängt es ab, ob wir Umweltbelastungen, Unfallgefahren, Sicherheitsaufwand, Zentralisierung und Abhängigkeiten

erhöhen oder verringern. Technische Entwicklung ist weder autonom noch unabänderlich. Sie bietet immer mehr Möglichkeiten an, als verwirklicht werden. In jedem Fall wird ausgewählt. Es kommt also darauf an, wer auswählt, welche Kriterien und Interessen dabei verfolgt werden.

Technische Weichenstellungen betreffen uns alle. Daher dürfen sie nicht allein Gewinninteressen überlassen bleiben. Technikgestaltung wird zur zentralen politischen Aufgabe.

Wir wollen nicht den Menschen der Technik anpassen, wir wollen eine menschengerechte Technik.

Technische Innovation ist unverzichtbar für eine dynamische Wirtschaft. Sie soll ökologischer Erneuerung und Rationalisierung dienen, Arbeit humanisieren, Grundrechte schützen und Grundwerte verwirklichen. Sie soll die Arbeitsproduktivität steigern, Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, Energie und Rohstoffe einsparen, von entfremdender Arbeit befreien und die sinnvolle Gestaltung von Arbeitsprozessen fördern.

Technik muss fehlerfreundlich und rückholbar, von fehlbaren Menschen beherrschbar und durch künftige Generationen revidierbar sein.

Technische Erneuerungen, die demokratisch nicht beherrschbar und deren Risiken nicht abschätzbar sind, wollen wir verhindern.

Technikgestaltung durch demokratische Bürgerbeteiligung

Entscheidungen über Weichenstellungen für technische Systeme und damit auch über Felder des Wachstums sind nicht Aufgabe der Verwaltung, sondern der Politik. Sie lassen sich demokratisch nur treffen durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und als Ergebnis von Bürgerdialogen. Dafür ist der Streit über die Energiepolitik ein Beispiel. Wo immer

Dialoge um technische Alternativen geführt werden, brauchen sie die Hilfe der Wissenschaft. Der Gesellschaft, die ihre Freiheit schützen muss, schuldet die Wissenschaft Auskunft über die Ziele ihrer Forschung, deren Ergebnisse und mögliche Anwendung. Dies setzt intensive Forschung über Folgen neuer Techniken voraus.

Vor allem beim Parlament sind Einrichtungen der Technikfolgenabschätzung zu schaffen. Als Beratungsgremien sollen sie den Überblick über die Thematik erleichtern, Information bündeln und allgemein zugänglich machen, auf Chancen, Risiken und Alternativen aufmerksam machen und ihre Bewertung zur Diskussion stellen.

Im Bürgerdialog müssen politische Parteien auch die Methoden und Instrumente darstellen, mit denen sie ihre Ziele ansteuern wollen.

Wirtschaftsdemokratie

Die Würde des Menschen verlangt Demokratisierung der Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie sichert und vollendet die politische Demokratie.

In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zwängen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen geben der Politik den Handlungsrahmen vor, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen setzen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln. Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften lässt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.

Wirtschaftsmacht ist wirksam – als Marktmacht von Grossunternehmungen, die ihre Interessen auf Kosten von Abnehmern,

Zulieferern und Konkurrenten durchsetzen;

– als Herrschaftsmacht des Kapitals über Menschen im Arbeitsprozess und auf dem Arbeitsmarkt;

– als Fähigkeit, Wirtschaftsmacht in politische Macht umzusetzen;

– und schliesslich als Möglichkeit, vor allem grosser Unternehmungen, durch Investitionspolitik Struktur und Entwicklung der gesamten Wirtschaft zu beeinflussen.

Wirtschaftsdemokratie muss offen und vielgestaltig sein. Sie verbindet Privat- und Gemeineigentum, persönliche Initiative und staatliches Handeln, Wettbewerb und staatliche Rahmensetzung, Unternehmensentscheidungen und Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Mitbestimmung und Selbstverwaltung. Keines dieser Elemente der Wirtschaftsdemokratie ist ein Selbstzweck; ihr Wert und ihre Bedeutung bestimmen sich einzig und allein nach den Grundsätzen und Zielen einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Wir wollen die Teilhabe aller am Sagen und Haben. Dies bedeutet Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen und Beteiligung aller am Produktivvermögen.

Markt und Staat

Innerhalb des demokratisch gesetzten Rahmens sind Markt und Wettbewerb unentbehrlich. Der Markt koordiniert wirksam die unabsehbare Vielfalt wirtschaftlicher Entscheidungen. Leistungswettbewerb kommt den Verbrauchern und ihrer freien Konsumwahl zugute.

Der Markt allein kann weder Vollbeschäftigung herstellen noch Verteilungsgerechtigkeit bewirken, noch Umwelt schützen. Er kann sich durch Konzentration selbst aufheben. Er darf nicht die Richtung angeben, in der sich die Gesellschaft entwick-

kelt. Er darf nicht anstelle der Gesellschaft über grundlegende Techniken und Wachstumsfelder entscheiden.

Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig!

Daraus ergeben sich Aufgaben für Politik und Staat. Der Staat ist tätig als Arbeitgeber, Anbieter und Nachfrager, Investor und Gesetzgeber. Er erhebt Steuern, gewährt Subventionen und setzt Normen. Die Frage ist nicht, ob er in die Wirtschaft einwirkt. Es geht allein darum, mit welchen Zielen, Mitteln und Wirkungen er es tut.

Wirtschaften ist ohne staatliches Handeln nicht vorstellbar. Der Staat muss mehr sein als Reparaturbetrieb. Der Staat soll sein Handeln vorausschauend planen, gewollte Entwicklungen in Gang setzen und Fehlentwicklungen abwenden. Er soll die demokratische Diskussion zwischen den Bürgern und mit den Bürgern fördern und den politischen Willen der Mehrheit durchsetzen.

Der Staat setzt Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Soziale und ökologische Kosten, die die Allgemeinheit belasten, müssen soweit als möglich bereits in die autonomen Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten und damit in die Unternehmensrechnungen einbezogen werden.

Staat und Kommunen planen ihr wirtschaftsbezogenes Handeln; sie stimmen Planungen miteinander ab. Das kann zu staatlichen Entwicklungsplänen führen, die für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat gelten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Planungen des Staates und der Kommunen sind Vorgaben und Orientierung für die autonomen Entscheidungen der Unternehmen.

Für die staatliche Rahmensetzung wie für die Planungskoordination von Staat und Kommunen sind verbesserte Informationen nötig; die Strukturberichterstattung und Vorausschau müssen

deshalb ausgebaut werden. Strukturbestimmende Grossunternehmen haben den Staat und die Kommunen rechtzeitig und regelmässig über arbeitsmarktrelevante Planungen und Standortplanungen zu unterrichten.

Der Staat ist kein neutraler Schiedsrichter. Nicht nur der Markt, auch der Staat kann versagen. Gegen beides müssen wir angehen.

Der Staat trägt die Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Geldwert, Vollbeschäftigung, ausgeglichenen Aussenhandel und ökologische Erneuerung sichern. Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik müssen im Interesse der Vollbeschäftigung aufeinander abgestimmt werden.

Wirtschafts- und Sozialausschüsse sollen, ähnlich wie auf der europäischen Ebene, Parlamente, Regierungen, Kommunen und Verwaltung bei der Lösung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme beraten und ihnen Vorschläge unterbreiten. Den Ausschüssen sollen neben den Gewerkschaften und Vertretern der Arbeitgeber unter anderem auch Vertreter von Verbraucher- und Umweltverbänden angehören. Aolche Ausschüsse können dazu beitragen, das Allgemeininteresse deutlich zu machen, politische Rahmensetzung und Koordinierung zwischen Planungen der Unternehmen und des Staates wirklichkeitsnah und flexibel zu gestalten.

Wirtschaftliche Macht und demokratische Kontrolle

Da Markt und Wettbewerb Marktmacht kontrollieren können, wollen wir die Wettbewerbsgesetze verschärfen. Der Herrschaftsmacht des Kapitals müssen starke Gewerkschaften Grenzen setzen. Der Umsetzung wirtschaftlicher Macht in politische ist grösstmögliche Öffentlichkeit entgegenzusetzen. Sie ist eine der

Grundlagen gesellschaftlicher Kontrolle.

Unternehmensvielfalt wirkt der Machtkonzentration entgegen. Auch deshalb wollen wir kleine und mittlere Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistung stärken. Auch Wirtschaftsdemokratie braucht unternehmerische Leistung. Wir erkennen sie an. Unternehmerische Leistung bewährt sich in sozialer und ökologischer Verantwortung.

Wir setzen uns für eine Reform der Gemeinwirtschaft in ihren unterschiedlichen Formen ein. Besonders verpflichtet fühlen wir uns dem Genossenschaftsgedanken, der solidarische Selbsthilfe mit demokratischer Selbstverwaltung verbindet. Um die Neugründung von Genossenschaften zu erleichtern, wollen wir die ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern. Öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Unternehmen sind unentbehrlich. Nicht allein Gewinninteressen verpflichtet, können sie häufig gesellschaftlich anerkannten Bedarf am besten befriedigen. Um den Einfluss von Banken und Versicherungen auf Strukturentscheidungen der Wirtschaft zurückzudrängen, wollen wir ihre Macht über Unternehmen durch Entflechtung von Kapitalbeteiligungen einschränken. Auch der Besetzung von Aufsichtsräten durch Banken und der Ausübung des Depotstimmrechts wollen wir Grenzen setzen.

Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmässig und notwendig.

Mitbestimmung der Arbeitnehmer

Wirtschaftsdemokratie erfordert gleichberechtigte Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen

- am Arbeitsplatz beim Vollzug der Arbeit, bei Konzeption, Planung und Einführung neuer Techniken oder neuer Organisationen,
- im Betrieb, wenn über Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Qualifikation und Weiterbildung, über die Anwendung neuer Techniken, aber auch über Produkte und Produktionen zu entscheiden ist,
- in allen Grossunternehmen und Konzernen, in deren Aufsichtsräten Kapital und Arbeit paritätisch vertreten sein sollen,
- überbetrieblich, wo in Beratungsgremien die Interessen der Arbeitnehmer einzubringen sind. Für Wirtschaftsdemokratie ist Tarifautonomie unabdingbare Voraussetzung. Gleichgewicht zwischen den Tarifparteien verlangt die Ächtung der Aussperrung.

Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital

Die Wirtschaft kann durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen demokratisiert werden. Sie ermöglicht zum einen den Arbeitnehmern eine Beteiligung an den erwirtschafteten Gewinnen und der von ihnen mitarbeiteten Vergrößerung des Kapitals, ohne die Mittel für die notwendigen Investitionen zu schmälern. Zum anderen gibt sie den Arbeitnehmern und ihren Vertretungen einen wachsenden Anteil an der Verfügung über ihre eigenen Produktionsmittel. Wir wollen den gesetzlichen Rahmen bereitstellen, in dem die Tarifvertragsparteien auch überbetriebliche Fonds zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen vereinbaren können.

Öffentliche Finanzen

Ein wichtiges Instrument zur Steuerung der Wirtschaft sind die öffentlichen Finanzen. Steuern und Abgaben, Haushaltspläne und finanzielle Anreize, öffentliche Aufträge und Investitionen, Geld- und Kreditpolitik müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass sie politischen Zielsetzungen dienen.

Nur der Reiche kann sich den armen Staat leisten. Wachsende und neue Staatsaufgaben im Interesse aller erlauben auch künftig kaum geringere Gesamtbelastung durch Steuern, selbst bei strengster Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Wir wollen Ausgaben streichen, denen ein gültiger Anspruch nicht mehr zugrunde liegt. Öffentliche Investitionen müssen unsere Infrastruktur verbessern, ökologische Erneuerung anstossen, Arbeitsplätze schaffen und für mehr Lebensqualität in allen Regionen sorgen. Darüber hinaus muss auch das öffentliche Dienstleistungsangebot ausgebaut werden. Die Finanzpolitik muss ihrer Verantwortung für die Beschäftigung gerecht werden. Sie darf in Zeiten der Konjunkturschwäche ihre Ausgaben nicht reduzieren. Durch eine Verstärkung ihrer Ausgaben muss sie zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen, selbst wenn dies Kreditaufnahme erfordert. Subventionen, die nur der Erhaltung überholter Strukturen dienen, werden wir abbauen.

Ausschliesslich oder überwiegend kreditfinanzierte öffentliche Programme für wichtige Wachstumsfelder können kurzfristig Konjunkturreinbrüche mildern, die ökologische Erneuerung an-

stossen und Arbeitsplätze schaffen; globale Konjunkturprogramme dieser Art scheitern längerfristig an internationalen Einflüssen und überfordern die öffentlichen Finanzen.

Umfassende und langfristige Beschäftigungsprogramme kommen nur für genau definierte ökologische oder soziale Ziele von struktureller Bedeutung in Frage und müssen in erster Linie aus der Belastung nichtinvestierter Gewinne oder höherer Einkommen finanziert werden. Hierfür sind eigene gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen. Sie sollen zusammen mit der Reform des Steuerrechts die sinnvolle investive Verwendung von Gewinnen befördern und eine spekulative Verwendung verhindern.

Das Steuerrecht bedarf einer gründlichen Reform. Um die Einkommen gerechter zu verteilen, wollen wir das Existenzminimum steuerfrei stellen, kleine und mittlere Einkommen entlasten, Kinderfreibeträge durch Kindergeld ersetzen, ungerechtfertigte Steuersubventionen abbauen, reinvestierte Gewinne gegenüber ausgeschütteten begünstigen, Einkünfte aus Finanzanlagen steuerlich nicht besser stellen als Einkünfte aus Arbeit.

Das Steuerrecht muss auch Instrument ökologischer Erneuerung sein. Wir wollen umweltbelastende Produkte stärker besteuern, vor allem Energiesteuern ausweiten und stufenweise erhöhen, dafür die Arbeitseinkommen entlasten.

Da viele Aufgaben der Zukunft nur vor Ort bewältigt werden können, ist eine Finanzreform, die Städten und Gemeinden ihre Handlungsfreiheit sichert oder zurückgibt, dringend nötig.

SP BREMGARTEN
FRISCHKNECHT
ERNST
CHUTZENSTRASSE 36
CH 3047 Bremgarten BE